

# www.kpoe-steiermark.at

# Steirische Volksstimme



Ausgabe 08, September 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPÖ**

## EU greift nach Österreichs Wasser



**T**rinken, Waschen, Schwimmen: Die EU will jede Nutzung von Wasser kontrollieren. Zugleich soll Wasser teurer werden. Seiten 2/3

Unter dem Vorwand einer gesicherten Wasserversorgung bereitet die EU den Zugriff internationaler Konzerne auf Österreichs Wasser vor. Foto: Bigshot

ÖSTERREICHS NEUTRALITÄT:  
**Neutral bleiben oder EU-Militarisierung?**

Seite 6 und 7

ABFALLWIRTSCHAFT:  
**Private Müllfirmen: Geschäft nur für Chefs**

Seiten 8/9

SCHOCK IM SUPERMARKT:  
**Lebensmittelpreise steigen weiter**

Seite 21

**Keine Geschäfte mit der Spielsucht!**

# Zum Weinen

In der Steiermark gibt es schon bald mehr Spielhöhlen als Kindergärten.

DAS SCHMUTZIGE GESCHÄFT MIT DEM „BLAUEN GOLD“

# Alarm: Die EU greift nach Österreichs

Mit dem Gratis-Wasser soll jetzt Schluss sein, meint die EU. Der globale Klimawandel erfordere restriktive Maßnahmen gegen die Verknappung von Wasser. Unter dem Deckmantel einer Sicherung der Wasserversorgung steckt jedoch die Gier der internationalen Konzerne nach Profiten mit dem „blauen Gold“.

Was nix kost', ist nix wert. Mit diesem Anspruch möchte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas nun auch die lebensnotwendige Ressource Wasser auf den liberalen Markt zerren. Erst wenn für Wasser ein Preis bezahlt werde, der seiner Knappheit entspreche, so meint er, würde es effizient genutzt. Denn schließlich sei Wasser – bedingt durch den globalen Klimawandel – zur Mangelware geworden.

Vor allem die Bauern, die mit mehr als 60% der größte Verbraucher der Wasserressourcen sind, könnte man damit zu einem disziplinierteren Umgang mit dem kostbaren Nass bewegen, so der Tenor der EU, die auch gleich mit einer Drohung nachsetzt: Sollten einzelne Staaten weiterhin gratis Wasser für die Landwirtschaft bereitstellen und sich die Wassergebühren bis 2010 nicht an der tatsächlichen Knappheit orientieren, werde die Kommission gegen die säumigen Länder klagen, heißt es.

## Aus für Privatbrunnen

Selbst Wasser aus dem eigenen Hausbrunnen soll fürderhin nicht mehr beliebig und kostenlos genutzt werden dürfen.

Die EU will also unser Bestes und will dafür sorgen, dass wir alle auch künftig genug Wasser haben? Mitnichten. Worum geht es wirklich?

Österreich zählt zu den wasserreichsten Ländern Europas. Von diesem Reichtum an „blauem Gold“ möchte die Privatisierungslobby in der EU nun endlich profitieren. So

könnte das Wasser der Alpenrepublik schon bald in riesigen Leitungen zur Bewässerung der Tomaten nach Spanien fließen. Spaniens Bauern dürften dann für teures Geld Wasser kaufen, das bei uns gratis aus dem Boden sprudelt. Na, dieser Handel kann sich sehen lassen! Bislang wehrte sich Österreich erfolgreich gegen dieses Vorhaben. Wie lange noch?

## Gewinnmaximierung

Was ist aber die Folge, wenn Staaten ihre Wasserversorgung in die Hände privater Konzerne geben? Statt der Versorgung aller mit sauberem Trinkwasser geht es den globalen Konzernen nur um eines: Gewinnmaximierung. In Ländern, in denen man bereits Erfahrungen mit einer Privatisierung der Wasserversorgung gemacht hat, waren die Konsequenzen verheerend. Kostenexplosion für die Wasserkund/inn/en auf der einen Seite, mangelnde Investitionen, Personalabbau, unzureichende Versorgung, schlechte Qualität andererseits.

In einigen Ländern eskalierte die Situation bereits derart, dass diese sich ihre eigene Wasserversorgung für teures Geld zurückgekauft haben, sodass Suez, Veolia, RWE & Co. zweimal kassiert haben: einmal beim teuren Verkauf des kostbaren Nass, das eigentlich gratis aus der Erde kommt, einmal beim Rück-Verkauf der in den Jahren der Misswirtschaft völlig vernachlässigten Versorgungsleitungs-Infrastruktur.

Während sich das Verlegen von Leitungen in entlegene

Gebiete für Konzerne als unrentabel erwiesen hat, lässt sich hier eine andere Geschäftsidee hervorragend zu Geld machen: Wasser in Flaschen. Die Wachstumsraten sind enorm.

Nestlé ist Weltmarktführer bei in Flaschen abgefülltem Trinkwasser. Bereits jetzt macht das Geschäft mit dem kostbaren Nass rund 10 % des

Gesamtumsatzes des Konzerns aus. Für heuer sind weitere 5 bis 6 % Wachstum in dieser Sparte geplant.

## Profitgier

Trotz globaler Erwärmung, sinkender Wasservorräte und einer stetig steigenden Weltbevölkerung ist wohl eines klar: Wer dafür bezahlen kann, wird auch in Zukunft keinen



www.bigshot.at

Soweit darf es nicht kommen, dass Wasser als Ware auf dem Weltmarkt

# Wasserreserven

Mangel an Wasser leiden. Auf den internationalen Finanzmärkten tummeln sich daher zahlreiche Unternehmen, die mit einer Verknappung des wichtigsten Rohstoffes der Welt Gewinne machen wollen.

Um die Attraktivität von Wasserfonds anzupreisen, schreckt das Finanzportal Wallstreet Online nicht davor

zurück, darauf hinzuweisen, dass bereits 1,1 Milliarden Menschen auf dieser Welt ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser sind und dass jährlich mehr als drei Millionen Kinder weltweit an durch Wasser übertragene Krankheiten sterben. Die Profitgier kennt eben keine Skrupel.

## Recht auf Wasser

Der Druck der EU-Kommission in Richtung Liberalisierung und Privatisierung der Wasserver- und Wasserentsorgung wird weitergehen. Das Argument Klimawandel gilt nur als Alibi für üble Geschäftemacherei. Offiziell bemühen sich heimische Politiker, uns zu versichern, dass es zu keinem Ausverkauf des österreichischen Wassers kommen wird.

Tatsächlich hat dieser aber bereits begonnen. So hat Klagenfurt bereits 52 % seiner Wasseragenden an den französischen Konzern Veolia verkauft, in Oberösterreich planen ÖVP und Grüne gemeinsam den Teilverkauf der landeseigenen Energie AG.

Wasser als unersetzbares Lebensmittel wird auf diesem Weg zu einer gewöhnlichen Handelsware abgewertet. Der Zugang zu sauberem Wasser wird den Kräften des freien Marktes überlassen und das Menschenrecht auf sauberes Wasser durch die Kaufkraft der Kundinnen und Kunden ersetzt. Angesichts dieser drohenden Gefahr fordert die KPÖ daher ein Verbot der Privatisierung von Wasser sowie die Verankerung des Menschenrechtes auf Wasser in der Verfassung.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!  
KPÖ-Ernest Kaltenegger,  
Landhaus-Hinterhaus, 8010 Graz,  
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail:  
volksstimme@kpoe-steiermark.at



foto furgler

## MEINUNG

Ernest Kaltenegger,  
KPÖ-Klubobmann im Landtag

## Neutralität als Zielscheibe?

Etliche Politiker und Militärs können die Abschaffung der Neutralität Österreichs kaum erwarten. Der Beschluss des Nationalrates vom 26. Oktober 1955 über die immerwährende Neutralität wird in diesen Kreisen gerne als eine Art Notlüge abgetan, zu der man gezwungen war, damit die Russen endlich aus Österreich abziehen. Viel lieber wäre man schon damals in der NATO gewesen.

Nun halten diese Herrschaften ihre Zeit für gekommen, die Neutralität gegen einen Militärpakt zu tauschen. Vor allem für die Rüstungsindustrie wäre dies ein gutes Geschäft. Schließlich sind die Militärausgaben der NATO-Staaten in der Regel doppelt so hoch wie die Österreichs. Außerdem könnte sich das Bundesheer an kriegerischen Aktionen weltweit beteiligen. Es gibt ja nicht nur im Irak viel zu tun...

Die Meinung der überwiegenden Mehrheit des öster-

reichischen Volkes scheint den Liquidatoren unserer Neutralität ziemlich egal zu sein. Dass gut achtzig Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität sind, ist ihnen höchstens lästig. Achtung vor der Volksmeinung ist für diese Kreise ohnehin nur etwas für Sonntagsreden.

Österreich ist in den vergangenen Jahrzehnten sehr gut mit der Neutralität gefahren. Das internationale Ansehen unseres Landes hat viel damit zu tun. Das wissen viele Menschen bei uns und sie wollen daher keine Änderung der oft bewährten Position. Das ist gut so. Damit beweisen sie mehr Gespür als so manche hoch bezahlten Politiker, die sich – aus welchen Gründen auch immer – die Neutralität als Zielscheibe auserkoren haben!

Ernest Kaltenegger,  
Tel. 0316 /877 / 51 02

Lesen Sie weitere Beiträge zum  
Thema Neutralität  
auf Seite 6 und 7.

## KLEIN, ABER MIT BISS



Jetzt kaun ma sich den  
Segen des Papstes per  
SMS kumman lossn.  
Hoffentlich kriagt ma den  
Segen Gottes noch ohne  
technische Hilfsmittl.

## INHALT

Estag-Verkauf verschoben ...	4
Private machen die Müllabfuhr teuer .....	8/9
Wegen Krankheit gekündigt	10
Die Post macht sich selbst Konkurrenz .....	11
Arbeitsplätze für die Jugend fehlen .....	15
Glücksspiel: Weder Glück noch Spiel .....	16/17
Verwirrende Stromrechnung	18
Spartstift trifft Behinderte.....	19
Regierung: Millionen für Werbung ausgegeben .....	20
Preisbindung bei Lebensmitteln notwendig ....	21

**Allerhand**  
aus dem Land(tag) Steiermark

**Leere Versprechungen!**

Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer (ÖVP) hat jüngst wieder ein Beispiel dafür geliefert, was von seinen Versprechungen zu halten ist. In einem Interview erklärte er dieser Tage vollmundig, er trete für die Durchsetzung des Gratis-Kindergartens ein. Genau darum ging es in einem Entschließungsantrag der KPÖ bereits in der Landtagssitzung im Juli 2006. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Antrag abgelehnt. Die ÖVP nahm das Thema so „wichtig“, dass sie bei der Abstimmung gar nicht anwesend war. Wie gesagt: Leere Versprechungen.

**Abrissbirne**

Das Jubiläum „60 Jahre Stadt Eisenerz“ am 1. August stand im Zeichen der Abrissbirne, werden doch leere Wohnhäuser dem Boden gleich gemacht. Dabei ist es ein Zeichen des Versagens von Politik und Wirtschaft, wenn man die Menschen nicht in der Stadt halten kann. Von 14.000 Einwohnern sind heute 6.000 übrig, von einstmalen 5.000 Arbeitsplätzen gibt es heute weniger als 1.000.

**1,1 Millionen für SPÖVP-Werbung**

Die SPÖVP-Landesregierung hat die Presseförderung (ca. 1 Mio. Euro) im Doppelbudget 2007/2008 abgeschafft. Das wäre dem Spargedanken entsprechend ja nicht schlecht. Allerdings haben sich SPÖ und ÖVP gleichzeitig ein neues Werbebudget gesichert. Das macht nun 1,1 Millionen Euro pro Jahr aus – allerdings bekommen das nur SPÖ und ÖVP. Parteien ohne Regierungsbeteiligung schauen durch die Finger. Auch eine Möglichkeit, Kritiker mundtot zu machen.

VERKAUF VERHINDERT

**ESTAG: Absage an SPÖ**

Der von SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves geplante Verkauf von weiteren 24 Prozent Anteilen der Energie Steiermark ist vorerst geplatzt.

ÖVP, KPÖ und Grüne haben dem Ansinnen der SPÖ im Landtag eine Absage erteilt. Die SPÖ hatte mittels dringlicher Anfrage an Voves diesem die Möglichkeit geben wollen, im Landtag für den Verkauf an die französische EdF Stimmung zu machen. Wäre der Deal durchgegangen, besäße die EdF bereits 49 Prozent am Landesenergieversorger.

Voves argumentierte, externe Berater und der Aufsichtsrat hätten den Verkauf an die EdF empfohlen. Er, Voves, habe beim Preis eine Nachbesserung verlangt. Die 400 Millionen Euro, die die EdF biete, seien ein akzeptabler Preis. Da der Stromregulator die Gewinne der Stromkonzerne aus dem Netzbetrieb weiter zurückfahren werde, müsse die Energie Steiermark mit Gewinnrückgängen rechnen. Außerdem

besäße das Land Steiermark mit 51 Prozent immer noch die Mehrheit.

Gerade daran zweifelt Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Ihr Bekenntnis zum Halten der Mehrheit könnte sich als ein Bekenntnis mit Ablaufdatum erweisen. Denn noch gibt es das Verstaatlichungsgesetz, wonach in der Elektrizitätswirtschaft die öffentliche Hand die Mehrheit halten muss.“

Ein Antrag der KPÖ, das Angebot der EdF für die Übernahme weiterer 24 Prozent an der Energie Steiermark abzulehnen und von jeglichen weiteren Verhandlungen, auch mit anderen Interessenten, Abstand zu nehmen, wurde allerdings mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ein abgeschwächter ÖVP-Antrag, die Verhandlungen lediglich über einen Verkauf weiterer Anteile an die EdF zu beenden, wurde mit den Stimmen von ÖVP, KPÖ und Grünen beschlossen.

**Internatsgebühren**

Die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und

Fachschulen werden endlich saniert. Kostenpunkt 53 Millionen Euro. Im Gesamtpaket enthalten ist allerdings die Erhöhung der Internatsgebühren. Deshalb stimmte die KPÖ dagegen. Werner Murgg (KPÖ) an die zuständige Landesrätin Vollath (SPÖ): „Kaum wird einmal investiert, sollen die Bürgerinnen und Bürger gleich zur Kasse gebeten werden. Beim Steiermark-Konvent werden Millionen hinausgeblasen. Bei den Internatsgebühren zählen sie die Groschen.“

**KPÖ für Beschlüsse statt teuren Konvent**

KPÖ und Grüne stimmten gegen die Einrichtung des „Steiermark-Konvents.“ Dieser soll über Änderungen der Landesverfassung beraten. Ernest Kaltenegger: „Wenn es wirklich um die Abschaffung des Proporz und um eine Stärkung der Rechte des Landtages geht, hätte man das noch heuer im Landtag beschließen können. Dafür braucht man keinen teuren Konvent!“ Mittlerweile wurde der „Konvent“ abgesagt.

SPÖ und ÖVP liebäugeln nach wie vor mit einem weiteren Verkauf von Energie-Steiermark-Anteilen



## NACH WIE VOR UNÜBERSICHTLICH

# Stromrechnungen

Die Stromrechnungen der Steweg-Steg (SSG) müssen seit Jänner gesetzlichen Mindestanforderungen genügen. Tun sie nicht, fand KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg und richtete eine diesbezügliche Anfrage an den Landeshauptmann.

Seit 1. Jänner 2007 müssen Stromrechnungen gesetzlich gewissen Mindestanforderungen betreffend Übersichtlichkeit für den Kunden genügen. So müssen vor allem die Energie- und Netzpreise getrennt ausgewiesen werden.

Die SSG, eine Tochter der Energie Steiermark, verschickt nach wie vor Stromrechnungen, die für den Laien kaum verständlich sind. Deshalb hat KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg in der Fragestunde des Landtages Landeshauptmann Voves als Eigentümerversorger der Energie Steiermark mit diesem Problem konfrontiert.

In seiner Antwort sieht der Landeshauptmann die

„Mindestanforderungen an Rechnungen“ von der Energie Steiermark als bereits erfüllt. Allerdings scheinen auch dem Landeshauptmann die Stromrechnungen der SSG teilweise unverständlich zu sein. Franz Voves: „Als Kunde der SSG habe ich allerdings Verständnis für ihr Anliegen, da auch ich der Meinung bin, dass für die Kunden und Kundinnen diese Form der Abrechnung nach wie vor nicht verständlich genug ist...“

Der Landeshauptmann sagt in seiner Anfragebeantwortung abschließend zu, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Energie Steiermark damit zu befassen.

## KRANKES GESUNDHEITSSYSTEM

# KAGES-Defizit

„Ausgelagerte“ Kredite verschleiern das Finanzdebakel der KAGES. Die KPÖ fordert Lösungen statt teurer Finanztricks.

Für die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m.b.H. (KAGES) wurde für die Jahre 2007 bis 2011 eine Finanzierungsvereinbarung beschlossen. KPÖ und Grüne stimmten dagegen. Im wesentlichen sieht die Vereinbarung vor, dass die im Eigentum des Landes stehenden Spitalsimmobilien und -grundstücke an die KAGES, eine hundertprozentige Landestochter, übertragen werden.

In einem zweiten Schritt verkauft die KAGES diese Immobilien an eine erst zu gründende Landesgesellschaft. Mit dem Erlös, mehr als eine Milliarde Euro, sollen die kom-

menden Investitionsvorhaben in den Spitälern finanziert und das KAGES-Defizit teilweise abgedeckt werden. Da die neue Gesellschaft kein Geld hat, muss sie zur Finanzierung des Kaufpreises Kredite aufnehmen. Die Rückzahlung erfolgt durch die KAGES über Mieten an diese Gesellschaft.

Die KPÖ lehnt derartige Finanztricks, die letztlich Mehrkosten verursachen, ab. Sie tritt dafür ein, dem Gesundheitssystem endlich direkt die Mittel zukommen zu lassen, die zu dessen Erhalt und Ausbau notwendig sind. Beispielsweise durch die längst fällige Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Krankenversicherung oder die Einführung einer zur Finanzierung des Sozial- und Gesundheitssystems zweckgebundenen Vermögenssteuer.

## KOMMENTAR

# Alles für die Konzerne?

Von KPÖ-LABg. Werner Murgg



In der jüngsten Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates haben sich die Vertreter der SPÖ ein besonderes Schmankerl geleistet! Zwei von drei anwesenden Sozialdemokraten sicherten mit ihrem Stimmverhalten der ÖVP und den Vertretern der Wirtschaft die entscheidende Mehrheit.

Worum war es gegangen? Zur Abstimmung stand der Vorschlag, den Firmen Sebring und AT&S zugestehen, dass sie entgegen dem Förderungsübereinkommen die festgelegte Beschäftigtenzahl auch durch Heranziehung des Leihpersonals erreichen können. Im Klartext: Normalerweise hätte Sebring mehr als 5.000 und AT&S mehr als 140.000 Euro an Förderungen zurückzahlen müssen, da die Beschäftigungsaufgaben nicht erfüllt wurden. Die Vertreter von Arbeiterkammer und ÖGB haben in der Diskussion deutlich darauf hingewiesen, dass eine Anerkennung von Leihpersonal bei Beschäftigungsaufgaben große Gefahren birgt. Schon heute wird

das Stammpersonal in großen Betrieben zugunsten von mit deutlich weniger Rechten ausgestatteten Leihpersonal reduziert. Eine Anerkennung von Leiharbeitskräften bei Arbeitsplatzförderungen könnte dieser für die Arbeiter und Angestellten nachteiligen Entwicklung weiter Tür und Tor öffnen. Namens der KPÖ habe ich mich in der Beiratssitzung der Argumentation von AK und ÖGB angeschlossen. Hätte das auch die SPÖ getan, wäre dieser gefährlichen Entwicklung ein deutlicher Riegel vorgeschoben worden. Einmal mehr hat die Sozialdemokratie jedoch bewiesen, daß sie im Zweifelsfalle immer auf der Seite der Konzerne steht.

Während der SPÖ-Gewerkschafter gegen die Anerkennung des Leihpersonals stimmte, sicherten die beiden übrigen SPÖ-Vertreter der Wirtschaft die Mehrheit. Frei nach dem Motto: Wer sich als Arbeiter oder Angestellter auf die SPÖ verlässt, ist schon verlassen!



„Operation KAGES“: teure Finanztricks statt Gesundheitslösungen

DIE EU AUF DEM WEG ZUR MILITÄRISCHEN SUPERMACHT?

# Undenkbar: Österreich ohne

Die Republik Österreich ist ohne den Staatsvertrag von 1955 und die daraus folgende Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität undenkbar. Der „Superstaat“ EU fordert jedoch die Unterwerfung Österreichs unter seine militärischen Strukturen. Wo die EU eingreift muss das Bundesheer mitmarschieren obwohl es allein zur Verteidigung der Neutralität geschaffen wurde.

Seit 2003 werden in aller Stille Truppen für Auslandseinsätze aufgebaut, während die Regierungsparteien ständig wiederholen, welch großen Wert sie auf die Beibehaltung der Neutralität legen.

Während sich manche ÖVP-Politiker sofort von der Neutralität verabschieden wollen, betonen Kanzler Gusenbauer sowie Vizekanzler Wilhelm Molterer ihr Wortbekenntnis zur Neutralität, in Wirklichkeit längst untergraben ist: Durch den Beitritt zur EU und zur „NATO-Partnerschaft für den Frieden“. Bei Bedarf erklärt die Regierung Teile des Neutralitätsgesetzes für „obsolet“, also veraltet und verlässt sich ansonsten darauf dass sich schon

keiner aufregen wird.

So wirbt auch das österreichische Bundesheer auf seiner Homepage fleißig für Auslandseinsätze. „Das Bundesheer hat im Jahre 2003 in ganz Österreich mit der Aufstellung von Organisationseinheiten (...) für die Entsendung zu Auslandseinsätzen begonnen. Nach mittlerweile erfolgter Befüllung dieser Einheiten mit mehr als 1.000 Soldaten startet ab Mitte 2007 (...) eine weitere Aufstockung dieser Kräfte“, kann man da wörtlich nachlesen.

Am 28./29. September 2007 veranstaltet die Alfred-Klahr-Gesellschaft in Kooperation mit dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark und dem Ver-



Wie lange kann die Neutralität noch geschützt werden? Ist das Bundesheer auf dem Weg in die EU-Armee?

ein für soziale Stadtentwicklung eine Konferenz mit dem Titel „Militarisierung der EU“. Dabei sollen sowohl die rechtlichen als auch die sozialen und politischen Aspekte der Unterwanderung der Neutralität seit dem EU-Beitritt Österreichs beleuchtet werden.

Den Auftakt zur 2tägigen Veranstaltung bildet eine prominent besetzte Podiumsdiskussion am Freitag, dem 28. September, in der Gotischen Halle im Stadtmuseum Graz, Sackstraße 18, an welcher unter anderen KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenecker und Bundesminister a.D. Erwin Lanc,

teilnehmen werden. Nähere Infos: 0316/22 59 31.

## Neutralitätsfeiertag

Am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag wird genau genommen die Beschlussfassung über die immerwährende Neutralität am 26. Oktober 1955 gefeiert. Kein Wunder, dass er laut ÖVP-Klubobmann Drexler abgeschafft werden soll. Die steirische KPÖ begeht den Tag mit einem großen Familienfest auf der Burg Oberkapfenberg unter dem Motto: „Greifvögel statt Eurofighter“. Wir laden unsere Leserinnen und Leser dazu herzlich ein!

## Podiumsdiskussion

# Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?

Graz, Fr. 28. Sept. 2007, 19. Uhr  
Stadtmuseum Graz, Gotische Halle, Sackstraße 18



ES DISKUTIEREN:

**Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner**

(Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien)

**Ernest Kaltenecker**

(KPÖ Steiermark, Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag)

**Bundesminister a.D. Erwin Lanc**

(Präsident des International Institute for Peace, Wien)

**Sektionschef i.R. Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter**

(Präsident des Internationalen Instituts für Liberale Politik, Wien)

**Univ.-Prof. Dr. Thomas Schönfeld** (Österreichischer Friedensrat)

Moderation: **Dr. Walther Leeb** (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft)

Kein Frieden mit der EU!

Neutralitätsfeiertag 2007

Österreich muss neutral bleiben!



Burg Oberkapfenberg



# Greifvögel statt Eurofighter!

## Festveranstaltung

der steirischen KPÖ zum Neutralitätsfeiertag 2007 – für die ganze Familie!

**Fr. 26. Oktober 2007**

10.00 Uhr Begrüßung Bürgermeisterin Brigitta Schwarz; Begrüßung LAbg. Ernest Kaltenecker; Ansprache der Grazer Stadträtin Elke Kahr

**Lesung: Erich Hackl, Schriftsteller**

ab 13 Uhr: gemütliches Beisammensein und Musik mit Chris Peterka

15 Uhr: Greifvogelflugschau, Eintritt: 4 Euro

18 Uhr Konzert im Franz-Bair-Heim der KPÖ, Feldgasse 8

Abendprogramm – Franz-Bair-Heim Feldgasse 8 Kapfenberg (18.00 Uhr): Joe ZANGL, Folksongs //: TSCHOUCOOSA, Alternative aus Kapfenberg //: TIGERLILLY, Rock'n Roll aus Bruck/Mur //: The VLADIVOSTOKS, Linker Cubano Ska-Stile aus dem Marchfeld

# Neutralität



Renate Pacher: „Es ist traurig für eine Gesellschaft, wenn sie über ein Kriegsgerät froh ist.“

## MILLIARDEN FÜR EUROFIGHTER

# Verschwendung und Abhängigkeit

Trotz des Wahlversprechens aus dem Eurofighter-Kaufvertrag auszusteigen, landen 15 Kampfflieger in Zeltweg. Die KPÖ tritt dafür ein, die Lärm- und Umweltbelastungen der Anrainer zu minimieren.

Nun landen sie also doch in Zeltweg. Der erste von 15 österreichischen Eurofightern ist im Sommer angekommen, der zweite folgte eben erst, 13 werden bis 2009 landen. Weil Österreich, das fast schon Mitten in der EU liegt, scheinbar extremen Bedrohungen aus dem Luftraum ausgesetzt ist. Kaufpreis: Knapp 2 Milliarden Euro; eine Flugstunde kostet rund 28.000 Euro. „Entgegen allen SPÖ-Wahlversprechen gibt es keinen Ausstieg aus dem Eurofightervertrag. Es gibt nur weniger Eurofighter und etwa

geringere Kosten. Damit bleibt der Eurofighter-Ankauf immer noch die teuerste Beschaffung der zweiten Republik. Das Geld wird natürlich in anderen Bereichen wie Soziales, Bildung oder Gesundheitswesen fehlen“, fürchtet KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher. Die Zinsen für die Eurofighter müssen noch unsere Kinder und Kindeskiner tragen. Es geht hier um erhebliche Summen, die beispielsweise bei der Altersversorgung besser eingesetzt wären.

Lärm und Umweltbelastungen hat jedenfalls die Steiermark und besonders das Aichfeld zu tragen. Alle 15 Kampflugzeuge werden in Zeltweg stationiert. Von einer Aufteilung der Belastung auf alle Bundesländer und von einer Veröffentlichung der Flugpläne ist derzeit keine Rede. Verteidigungsminister Norbert Darabos hat die Bürgermeister der Stationierungsgemeinden

bisher nicht informiert und auch Landeshauptmann Franz Voves hüllt sich in dieser Frage in Schweigen.

„Wir brauchen nachhaltige Arbeitsplätze in der Region. Unter Kreisky sollte das Aichfeld zu einer Musterregion ausgebaut werden. Davon ist nichts geblieben. Statt dessen bekommen wir eine Militärregion, die perfekt in die Aufrüstungspläne von EU und NATO passt“, kritisiert der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder. Und eine Kampfflugzeug-Staffel, die sich sofort in die EU-Militärmaschine integrieren lässt. Renate Pacher: „Mit dem Verteidigen der Neutralität hat der Eurofighter jedenfalls nichts zu tun. Wir meinen, es ist eine traurige Entwicklung für eine Region und eine Gesellschaft, wenn das Militär zum wichtigsten Arbeitgeber wird und die Menschen froh sind, wenn ein solches Kriegsgerät angeschafft wird.“

## BUNDESHEER Ausverkauf am Zirbitzkogel

Bundes-Immobilien-gesellschaft verkauft 373 Hektar Land am Zirbitzkogel.

Anstatt etwas für des Schutz der Alpen zu tun, will die Bundesregierung einen wunderschönen Teil unserer Berglandschaft an Private verschern. Am Zirbitzkogel, wo das Bundesheer bislang einen Truppenübungsplatz unterhielt, werden 373 ha Alm um einen Mindestpreis von einer knappen Million Euro verkauft.

Auf der Bundesheer-Liegenschaft an der Ostseite des als Wanderziel beliebten Zirbitzkogels befindet sich das ehemalige Mannschaftsgebäude samt Nebengebäuden. Zur Liegenschaft gehört auch der Lavantsee, aus dem die Lavant entspringt.

Die KPÖ tritt dafür ein, dass das ehemalige Heeresgelände in öffentlichem Eigentum bleibt. „Es ist natürlich zu begrüßen, dass diese schöne Alpenlandschaft nicht mehr für Schießübungen erhalten muss“, so KPÖ-Landesgeschäftsführer Andreas Fuchs, „aber gerade die Seetaler Alpe, die seit jeher eine Bürgeralpe ist, sollte in öffentlichem Eigentum bleiben.“ So sei zu befürchten, dass ein schöner Teil des Zirbitzkogels für die Wanderer gesperrt wird.

Daneben will das Bundesheer weitere Immobilien loswerden: Die Grazer Hummel- und Kirchnerkaserne, die Hermann-Kaserne in Leibnitz, den Übungsplatz Gralla, die Schießanlagen in Hohenberg/Aigen und Wagner.

Die KPÖ tritt schon seit längerem dafür ein, die Grazer Kasernengründe für sozialen Wohnbau zu nützen. Es gibt darüber hinaus noch Immobilien, die aus öffentlichem Interesse (wie beim Zirbitzkogel) in öffentlicher Hand bleiben sollten.

ABFALLWIRTSCHAFT ZURÜCK AN KOMMUNEN!

# Private machen die Müllabfuhr

Private Abfallunternehmen zahlen in der Steiermark bis zu 47% weniger Lohn als kommunale Betriebe. Die Lohneinsparungen verwandeln sich zum Gutteil in Gewinn für die Eigentümer. VON GERALD OBERANSMAYR

Die Abfallwirtschaft ist eine Monopolwirtschaft. Mit Ausnahme der großen Städte ist die Abfallwirtschaft der Steiermark bereits fest in den Händen privater Unternehmen. 89% der 542 steiermärkischen Gemeinden, die rund zwei Drittel der Einwohner und Einwohnerinnen umfassen, lassen ihren Restmüll bereits von Privaten sammeln. Die Abfallwirtschaft ist hoch monopolisiert. Die Saubermacher AG alleine entsorgt den Müll von 42% aller Gemeinden. Die ersten Drei – Saubermacher, A.S.A. Abfall Service AG und Müllex – beherrschen zwei Drittel des Marktes beim Restmüll.

heißt die Devise. Es verwundert daher auch nicht, dass das kommunale Abfallaufkommen massiv ansteigt: von 255 kg/Einwohner (1993) auf 363 kg/Einwohner (2005), also plus 42%.

Der Anstieg des Müllaufkommens wird von der Landesregierung offensichtlich als höhere Macht gesehen. Im Abfallwirtschaftsplan 2005 wird mit einem weiteren Anstieg von 430.000 Tonnen (2003) auf über 500.000 Tonnen bis 2015 gerechnet.

## Weniger Lohn, kein Betriebsrat

Doch nicht nur aus öko-

logischer Sicht ist die Privatisierung der Abfallwirtschaft bedenklich. Sie ist auch für die Arbeiter und Angestellten ein Irrweg. Ein Vergleich zwischen öffentlichen und privaten Abfallunternehmen zeigt das deutlich.

Private zahlen für gleiche Tätigkeiten um 23 bis 47% weniger Lohn. Außerdem sind Saubermacher, ASA & Co regelrecht betriebsratsfreie Zonen. Eine Umfrage unter neun großen steirischen Abfallwirtschaftsbetrieben ergab, dass nur in einem einzigen ein Betriebsrat existiert! Der zuständige Gewerkschaftssekretär erklärt das Scheitern von Betriebsratsgründungen bei der mehr als 600 Beschäftigte zählenden Firma Saubermacher – sie gehört der Familie Roth, eine der reichsten in

der Steiermark – lakonisch mit: „Die Beschäftigten haben Angst.“

## Hohe Gewinne

Private zahlen den Beschäftigten deutlich weniger, sie sind aber – das zeigen AK-Untersuchungen – für die Kunden keineswegs billiger. Wo wandert das ersparte Geld hin? Eine Antwort geben die Jahresbilanzen von Saubermacher und ASA: bis zu einem Drittel der Lohnsumme wird als Dividende ausgeschüttet. Und nicht zuletzt werden damit die „Kriegskassen“ gefüllt, um Konkurrenten aufzukaufen. So hat die Übernahme der Firma Rumpold durch die Saubermacher AG einen nicht näher bestimmten „zweistelligen Millionenbetrag im mittleren Bereich“ verschlungen.

## Rasant wachsender Müllberg

Private haben bekanntlich wenig Interesse an Müllvermeidung, damit würden sie ja am profitablen Ast sägen, auf dem sie sitzen. Mehr Müll,

www.bigshot.at



## STUDIE ZUR ABFALLWIRTSCHAFT

„Auswege aus der Abfallmisere“ heißt eine von Gerald Oberansmyr im Auftrag des KPÖ-Landtagsklubs erstellte Studie zur Abfallwirtschaft. Sie kann unter Tel. 0316/877 5102 kostenlos angefordert werden. (oder E-Mail: bildungsverein@kpoe-steiermark.at)

## Murtal



FOHNSDORF

Sprechstunde  
mit Sozialberatung

mit KPÖ-Labg. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber

Do. 11. Oktober 07

10.00 bis 12.00 Uhr,

KPÖ-Parteiheim, Resti  
Josefiplatz 3, Fohnsdorf

Voranmeldungen:

03512 / 822 40 oder

03573/21 66

Der Müllberg wächst, die Entsorgung liegt zum Gutteil in der Hand von Privaten, die beim Lohn knausern.

# teuer

## Rekommunalisierung ist angesagt

Angesichts dieser Daten ist es hoch an der Zeit, dass die steirischen Gemeinden dem Beispiel jener deutscher Kommunen folgen, die in letzter Zeit die privatisierten Unternehmen wieder in Gemeindeeigentum zurückgeholt haben.

Mit einem erstaunlichen Ergebnis, wie das Beispiel der Gemeinde Bergkamen in Westfalen zeigt: Die Gesamtkosten für die Gemeinde sind durch die Rekommunalisierung um 30% gesunken. Die Gemeinde investiert in moderne Fahrzeuge und in die Löhne der Müllmänner, die das Doppelte ihrer bei Privaten arbeitenden Kollegen bekommen!



Private Müllentsorger zahlen ihren Arbeitern weniger, die Leistungen sind trotzdem nicht billiger als bei öffentlichen Anbietern.

## SAUBERMACHER SCHLUCKT RUMPOLD

# Lohnkürzungen für Fahrer

Nach Kauf der Firma Rumpold durch die Saubermacher AG müssen LKW-Fahrer Lohnkürzungen in Kauf nehmen.

Vor einiger Zeit hat der private steirische Abfallentsorger Saubermacher, Eigentümer ist die Roth Privatstiftung, die Trofaiacher Rumpold AG übernommen. Die Saubermacher AG hat in den letzten Jahren einen stürmischen Wachstumsprozeß erlebt. Mit der Übernahme von Rumpold konnte der Umsatz auf 200 Millionen Euro um über 40 % gesteigert werden.

Dieser Tage ist die von der KPÖ-Steiermark herausgegebene Studie „Wege aus der Abfallmisere“ veröffentlicht worden. Darin wird schlüssig nachgewiesen, daß die Stundenlöhne bei privaten Müllentsorgern gegenüber denen von Betrieben in der öffentlichen Hand mehr als deutlich zurückbleiben. Trotzdem sind die Privaten, wie eine Studie

der Arbeiterkammer belegt, für die Haushalte nicht billiger als öffentliche Anbieter. Offensichtlich verwandeln sie die Einsparungen bei den Lohnkosten zum nicht geringen Teil in Gewinne und Dividenden bzw. werden diese zum Füllen der „Kriegskasse“ gebraucht, um Konkurrenten aufzukaufen.

### Lohnverluste

Die Saubermacher AG hat allein im Jahr 2005 fast 30 Prozent der Lohnsumme an Dividenden ausgeschüttet. Am steirischen Standort existiert nicht einmal ein Betriebsrat. Das alles baden die Beschäftigten aus. Am Standort Trofaiach, ehemals Rumpold, arbeiten knapp 20 LKW-Fahrer. Ihnen wurde nun ein neuer Dienstvertrag zur Unterschrift

vorgelegt. Daraus geht hervor, daß für die Fahrer der Kollektivvertrag für das Güterbeförderungsgewerbe anzuwenden ist. Das bedeutet für die Fahrer Stundenlohnverluste von 0,7 bis 1,5 Euro, da die Rumpold AG den KV überzahlt hat. Konkret hat beispielsweise ein Fahrer bisher netto knapp 1.500 Euro verdient, jetzt geht er mit rund 80 Euro im Monat weniger nach Hause. Auf den ersten Blick verliert er nichts, da das maximal möglichen Taggeld angehoben wird. Allerdings gibt es davon kein Weihnachts- und Urlaubsgeld bzw. werden diese Beträge nicht für die Pensionsberechnung herangezogen.

Vergleicht man die Rubrik „Gesamtkosten für den Arbeitgeber“ beim neuen und alten Lohnzettel, zeigt sich der Grund der Maßnahme. Die Saubermacher AG spart sich mehr als 200 Euro pro Monat!



## NICHT JEDE KÜNDIGUNG IST GERECHTFERTIGT

# Wegen Krankheit gekündigt?

Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen werden immer komplizierter. Arbeiterkammerrat und GLB-Betriebsrat Peter Scherz hat uns einige immer wieder gestellte Fragen rund um die Kündigung beantwortet.

Peter Scherz ist Arbeiterkammerrat und GLB-Betriebsrat bei Magna. Bei arbeitsrechtlichen Fragen erreichen Sie uns unter 0316/71 24 79 oder unter der Adresse: GLB, Lagergasse 98a, 8020 Graz.



**Volksstimme:** Kollege Scherz, immer wieder hört man davon, dass Leute im Krankenstand gekündigt werden. Ist das gesetzlich überhaupt erlaubt?

**Peter Scherz:** Hier kommt es immer wieder zu Missverständnissen. Im Grunde hat die Kündigung mit dem Krankenstand nichts zu tun. Hat ein Arbeitgeber zu wenig Arbeit, kann er eine Kün-

digung aussprechen. Er muss nicht warten, bis der/die kranke Arbeitnehmer/in gesund wird, wenn er ohnehin nicht vor hat, ihn/sie weiter zu beschäftigen.

**Volksstimme:** Kommt hier nicht der Verdacht auf, der Arbeitgeber spricht die Kündigung nur aus, um Kosten zu sparen?

**Peter Scherz:** Natürlich muss der Arbeitgeber die Kündigung begründen können. Stellt er aber zugleich Arbeitskräfte mit der gleichen Qualifikation an, kann man die Kündigung beim Arbeitsgericht anfechten.

**Volksstimme:** Was ist eine Entlassung?

**Peter Scherz:** Die Entlassung beendet das Dienstverhältnis sofort und kann nur bei Vorliegen eines triftigen Grundes (Untreue, bestimmte Straftaten...) erfolgen.

**Volksstimme:** Gibt es eine Entlassung im Krankenstand?

**Peter Scherz:** Nein, denn eine Entlassung muss von der Arbeitgeberseite sofort bei Bekanntwerden

eines triftigen Grundes ausgesprochen werden. Krankheit ist sicher kein Entlassungsgrund.

**Grazer Stadtblatt:** Kann man in der Kündigungsfrist entlassen werden?

**Peter Scherz:** Viele Arbeitnehmer denken, jetzt, wo ich gekündigt bin, kann mir ohnehin nichts mehr passieren. Das ist ein Trugschluss. Wer z.B. die Arbeitspflicht verletzt oder mutwillig Firmeneigentum beschädigt, kann auch noch in der Kündigungsfrist entlassen werden.

**Volksstimme:** Was kann der Betriebsrat im Falle einer Kündigung tun?

**Peter Scherz:** Möchte ein Unternehmen mehrere Arbeitnehmer kündigen, so muss es den Betriebsrat darüber rechtzeitig informieren. Dieser hat dann ein fünftägiges Einspruchsrecht.

**Volksstimme:** Kann der Betriebsrat Kündigungen verhindern?

**Peter Scherz:** In bestimmten Fällen schon (zum Beispiel bei Sozial-

widrigkeit). Eine Kündigungswelle aufgrund von Arbeitsmangel wird er aber auch nicht verhindern können.

**Volksstimme:** Was tun, wenn man sich ungerecht behandelt fühlt und es im Unternehmen keinen Betriebsrat gibt?

**Peter Scherz:** Wer Gewerkschaftsmitglied ist, kann sich bei Problemen im Betrieb an diese wenden, ansonsten bietet die Arbeiterkammer Rechtsberatung und Rechtshilfe an.

**Volksstimme:** Möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern noch einen Tipp geben?

**Peter Scherz:** Leider darf man nicht damit rechnen, immer so behandelt zu werden, wie es den Gesetzen entspricht. Im Zweifelsfall lieber einmal öfter fragen als gar nicht. Außerdem sollte man in arbeitsrechtlichen Dingen seine Rechte sofort geltend machen, sonst riskiert man, wichtige Fristen zu versäumen und Ansprüche zu verlieren.



Krankheit: Kein Kündigungsgrund.

## Nur ja nicht arbeitslos!

Schon vor zwei Jahren wurden der Berufs- und Entgeltsschutz für Arbeitslose stark eingeschränkt. Bereits nach 100 Tagen haben diese seit 2005 kein Anrecht mehr auf eine Beschäftigung im erlernten Beruf.

Doch die derzeit geltende Regelung ist für die Arbeitgeber nicht mehr „zeitgemäß“. Sie planen, die Zumutbarkeitsbestimmungen weiter verschärfen. Mehr als zwei Stunden Fahrt zum Arbeitsplatz pro Tag oder kleine Kinder daheim und keine geregelte Betreuung sollen künftig keiner Beschäftigung mehr im Wege stehen. Wer sich weigert, einen solchen Job anzunehmen, dem

wird das Arbeitslosengeld ganz einfach gestrichen.

So spart das AMS Geld, und die Wirtschaft frohlockt, denn aus Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit nehmen viele Beschäftigte lieber in Kauf, für noch weniger Geld noch mehr zu arbeiten. Ist der Job weg, beginnt sich die Armutsspirale zu drehen – und die in langen Jahren aufgebaute Existenz ist ruiniert.

Auch diese Maßnahme ist Teil der SPÖ-ÖVP-Regierungsvereinbarung. Denn diese Regierung meint, während der Spitzensteuersatz für Besserverdiener viel zu hoch ist, können Arbeitslose ruhig weiter zurückstecken!



Auf den richtigen Job zu warten können sich immer weniger leisten.

## ARBEITSKRÄFTE OHNE RECHTE

# Post macht sich selbst Konkurrenz

Die Privatisierung der Post hat viele Nachteile gebracht. Gute Jobs sind Billig-Arbeitsplätzen gewichen, das Service hat gelitten, damit die Aktienkurse stimmen. Jetzt sollen wieder weit mehr als 1.000 Arbeitsplätze abgebaut und der Leistungsdruck erhöht werden.

Der Ärger über die neuen DEU-Briefkästen ist berechtigt. Aber es kommt noch ärger. Im Jahr 2001 kaufte die Österreichische Post die Werbemittel-Austrägerfirma Feibra. Nur wenige ahnten damals, welche Auswirkungen diese Übernahme haben würde. Noch 2001 verkündete die Post, man werde sich „selbstverständlich“ an die gerichtliche Auflage halten, Schlüssel für Brieffachanlagen nicht anderen Firmen zur Verfügung zu stellen, damit das Postgeheimnis gewahrt bleibe.

Doch plötzlich ist alles anders: Die Feibra-Zusteller erhalten Zentralschlüssel für alle Postkastenanlagen, und es gibt auch schon Gerüchte um einen regen Schwarzhandel mit den Schlüsseln, die weiteren privaten Zustellern den Zutritt zu den Briefkästen ermöglichen. Viele Menschen haben kein gutes Gefühl, wenn plötzlich völlig unbekannte Personen Zugriff auf ihre private Post haben.

## FOLGE DER PRIVATISIERUNG

Die KPÖ lehnt die „Sparpläne“ der Post AG entschieden ab. „Weniger Beschäftigte sollen mehr arbeiten, damit der Aktienkurs stimmt“, sagte der Grazer KPÖ-Gemeinderat Hubert Reiter, der selbst Postzusteller ist. Ernest Kaltenegger sieht seine Befürchtungen bestätigt, dass Privatisierungen schlimme Folgen haben. Es ist fraglich, ob die Gewerkschaft noch die Durchsetzungskraft hat, um die Pläne des Vorstandes zurückzuweisen. Streiken ist in diesen Kreisen ohnehin schon fast verlernt worden.

### Moderne Sklaven

Wozu kauft die Post eine Austrägerfirma? Die hausinterne Konkurrenz kann viel billiger arbeiten als ihre Mutterfirma, die Post AG, denn im Gegensatz zur Post arbeiten die meisten Feibra-Mitarbeiter als „selbstständige Gewerbetreibende“ mit Werkverträgen. So gehen gute Arbeitsplätze bei der Post verloren und werden durch Billig-Jobs ersetzt. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder: „Diese Beschäftigungsverhältnisse sind eine üble Form der Ausbeutung, bei der die Austräger weder versichert sind noch Anspruch auf Urlaub haben. Die Scheinselbstständigen sind auf dem Papier Unternehmer, in Wirklichkeit aber billige Arbeitskräfte ohne Rechte.“

Die Liberalisierung der Post hat den Menschen nichts gebracht. Die Tarife für Briefe sind teuer wie noch nie. Nur Großkunden profitieren von der Möglichkeit, auf billige Konkurrenten zugreifen zu können, der Großteil der Bevölkerung zahlt aber drauf: So wurden in Österreich bereits hunderte Postämter geschlossen, um den Aktienbesitzern möglichst hohe Profite zu bescheren. Zu welchen Bedingungen die Menschen bei den Zustellern arbeiten müssen, spielt dabei keine Rolle.

### Weniger Service

Auch die Serviceleistungen der Post werden durch die Politik ihres Managements immer schlechter: So werden neuerdings Sendungen, deren Postleitzahl nicht ganz korrekt ist, sofort an den Absender retourniert. Parteder: „Die Post macht einen schweren Fehler, wenn sie das erworbene Know-



Hubert Reiter, Postzusteller und Grazer KPÖ-Gemeinderat fürchtet, dass die Qualität der Zustellung leidet.

how ignoriert, anstatt die Kunden durch gutes Service zu überzeugen. Die Schuld bekommen dann die Zusteller in die Schuhe geschoben, denen über die Medien ausgerichtet wird, sie würden nicht korrekt arbeiten.“

Dass die Post mit der Öffnung von Wohnhäusern und Briefkästen für Privatfirmen auch einen Vertrauensbruch

begeht, scheint dem Management gleichgültig zu sein. Aber auch die Briefträger geraten ins Hintertreffen, sind sie doch für die Instandhaltung der Hausbriefächer verantwortlich. Das macht das Geschäft für die Privaten noch lukrativer: Alle greifen auf die vorhandenen Briefkästen zu, für die Instandhaltung muss aber der Briefträger der Post sorgen.



Gutes Service braucht Personal.

Foto: Österreichische Post

SCHWARZARBEIT UND BILLIGLÖHNE

# Profitgier: Die Holzwirtschaft

Holz ist ein wunderbarer Werkstoff – lebendig und warm, umweltfreundlich, ständig nachwachsend und in der Steiermark in Hülle und Fülle vorhanden. Weniger wunderbar ist die Holzgewinnung: Schwarzarbeit mit billigsten ausländischen Arbeitskräften kratzt am Image des „genialen“ Holzes. **VON REINHARD CZAR**

Holz ist genial“ – der griffige Werbeslogan hat in der Steiermark nach den großen Stürmen der jüngeren Vergangenheit einen schalen Beigeschmack gewonnen. Dafür verantwortlich ist freilich nicht das Holz selbst, sondern übertriebene Profitgier in der Gewinnung.

Um die Schäden aufzuräumen, die der Wirbelsturm Kyrill und seine „Kollegen“ angerichtet haben, bevölkerten (und bevölkern wahrscheinlich noch immer) Hundertschaften von ausländischen Schwarzarbeitern die heimischen Wälder – die Medien berichteten ja bereits. In der Forstwirtschaft arbeiten sie

„offiziell“ als Selbstständige. Im Gegensatz zu wirklichen Selbstständigen natürlich zu Billigstlöhnen und ohne Versicherung. Holz ist also in diesem Sinne weniger genial als vielmehr asozial.

### Todesopfer unter Arbeitern

Abgesehen von den mit jedweder Form von Schwarzarbeit einhergehenden Schäden für unser Sozialsystem und Steuerwesen offenbart sich bei den „Illegalen“ im Wald ein weiteres Risiko: das der Arbeitsunfälle. Forstarbeit zählt nämlich zu den gefährlichsten beruflichen Tätigkeiten. Allein im Vorjahr starben in der

Steiermark vier Menschen bei Waldarbeiten, drei davon sollen nicht gemäß den herrschenden gesetzlichen Vorschriften beschäftigt gewesen sein.

Zu den mannigfaltigen Gefahren, die zwischen Fichten und Tannen ohnehin reichlich lauern, gesellt sich oft eine schlechte (oder überhaupt nicht vorhandene) Ausbildung der Schwarzarbeiter.

### Vom Holz leben

Dabei lebt die Steiermark nicht schlecht vom Holz. Jeder Zehnte, so ist einer Publikation des Holzclusters zu entnehmen, verdient in der Holz- und Forstwirtschaft seinen Lebensunterhalt. Mit rund 60 Prozent steht der größte Teil der

in irgendeiner Form mit Holz beruflich Beschäftigten in der klassischen Forstwirtschaft seinen Mann, also direkt bei der Holzgewinnung.

Die Palette der Berufsbilder rund ums Holz reicht aber viel weiter und erstreckt sich bis zu Architekten, die auf Holz setzen, und Arbeitern in den diversen Papierfabriken. Rund vier Milliarden Euro beträgt der Produktionswert der steirischen Holz- und Forstwirtschaft in Summe pro Jahr.

Angesichts dieses enormen Betrags erscheint die „Notwendigkeit“ illegaler Beschäftigung mehr als hinterfragenswert, auch wenn die „reine Waldarbeit“ lediglich rund sechs Prozent zum Wirt-



Bauwerke, Möbel – ein Land setzt auf Holz und feierte mit seinem Waldreichtum einen Aufschwung. Nur selten ruhen Motorsäge und Axt. Die Arbeit im Wald birgt viele Gefahren, allein 2006 starben in der Steiermark vier Menschen bei der Holzarbeit. Drei davon waren nicht ordnungsgemäß beschäftigt!



# im Zwielficht

schaftsfaktor Holz beiträgt. Das wären aber immer noch stolze 240 Millionen Euro – da sollte eine ordnungsgemäße Anmeldung der Mitarbeiter wohl drinnen sein.

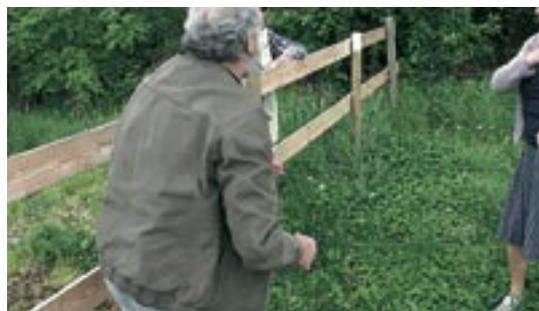
## Murau lebt von und mit dem Holz

Der Region rund um Murau hat immer schon mit dem Holz gelebt. Was über Jahrhunderte mehr oder weniger unbewusst geschah, wurde in den letzten Jahren ganz bewusst gebündelt und als Stärke in die Welt hinausgetragen. In St. Ruprecht steht seit fast 20 Jahren das Holzmuseum, inzwischen zeigte auch eine Landesausstellung mit dem logischen Titel „Holzzeit“, welche Power in dem Naturprodukt steckt.

Eine Holzbrücke geisterte

bei ihrer Errichtung durch alle Medien. Das größte Holzfenster der Welt, das seit 2006 auf dem „Holzgolfplatz“ in Murau steht, konnte zwar bezüglich medialer Aufmerksamkeit nicht ganz mit der Brücke mithalten. Für einen Weltrekord war das zehn Meter hohe und zwei Tonnen schwere „Trumm“ allemal gut. 24 Gemeinden liegen inzwischen entlang der „Steirischen Holzstraße“ und zeigen alte und neue Objekte, die eines miteinander verbindet: Holz.

Gut, dass man für die tourismusträchtige Themenstraße nicht den Namen „Holzweg“ gewählt hat, denn dann befände man sich mitten in der Problematik. Mit Schwarzarbeit wandeln einige schwarze Schafe in der steirischen Forstwirtschaft nämlich unter Garantie auf dem Holzweg!



Zäune um den Golfplatz versperren Wandern das Begehen von Jahrzehnte lang verwendeten Wegen.

## NAHERHOLUNG AM ENDE

# Golf versperrt Wanderwege

Golfen oder Wandern – das ist in Thal bei Graz die Frage. Der Golfplatz versperrt uralte Wanderpfade: Jetzt werden Proteste laut.

Jahrzehnte lang waren die ausgedehnten Wiesen und Wälder um die Landwirtschaftsschule Grottenhof-Hardt ein Paradies für Erholung Suchende. Damit ist Schluss, seit es den Golfplatz gibt. Die Greens um die zweiten 9 von 18 Löchern bedeuteten das Ende für lange benutzte Wanderwege: Durchgänge wurden versperrt, Verbotsschilder auf-

gestellt. Die Wanderer wehren sich jetzt.

Laut Bescheid des Landes müssen die Wanderwege erhalten bleiben. Davon scheint man beim Golfplatz nicht viel zu halten. Zäune aus Holz und Stacheldraht versperren den Wanderern seit Generationen genutzte Wege – damit die Golfspieler ihre Ruhe haben. Dabei verlaufen die Wanderwege am Rande der Golfwiesen. Ein friedliches Miteinander wäre durchaus möglich. Nun ist ein Machtwort des Eigentümers der Grundstücke gefragt – des Landes Steiermark.

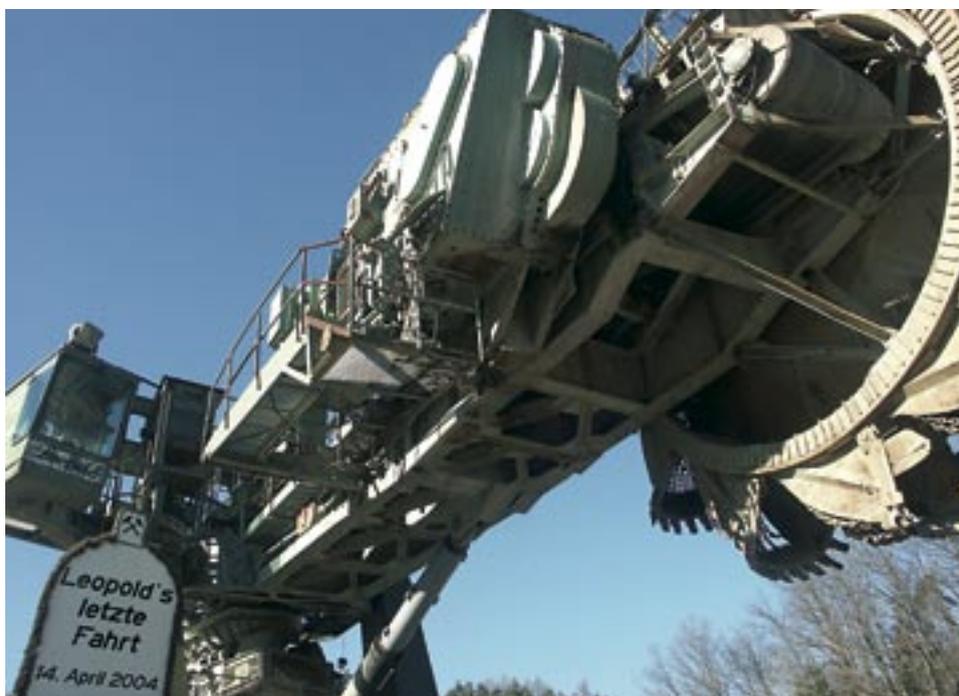
## KOHLNABBAU VOITSBERG

# Die Bergbaugeschichte verschwindet

Die Reste des Traditionsbergbaus werden abgerissen: Für die Pflege der Voitsberger Bergbautradition ist leider kein Geld vorhanden.

Mit dem Abtragen des Schrägaufzuges der ehemaligen Grube Karlschacht wird eines der letzten Zeugnisse der Industriegeschichte des Bezirkes Voitsberg im 20. Jahrhundert dem Schrott zugeführt. Während Millionen von Euro in die marode Therme Nova fließen, gehen die letzten Reste der Bergbautradition unwiderbringlich verloren.

Klaus Pibernig, Bezirkssprecher der KPÖ, erinnert aus diesem Anlass daran, dass Medien und Politik schon oft von der Errichtung eines Bergbaumuseums im Bezirk gesprochen haben, ohne dass etwas geschehen ist. Pibernig: „Während man in die Therme Nova in der Region bereits 14 Millionen Euro an öffentlichen Förderungen steckte, ist offensichtlich für die Erhaltung von Hinweisen auf die Bergbautradition im Bezirk Voitsberg kein Cent aufzutreiben.“



Nur noch wenig zeugt von der großen Bergbautradition um Voitsberg

MOTORSPORT IN DER  
STEIERMARK

## Der Ring

**Die ersten Rennen** im Aichfeld wurden am Zeltweger Flughafen gefahren. Die Formel I gastierte erstmals 1970 am Österreich-Ring in Spielberg und kam regelmäßig bis 1987. Dann war zehn Jahre lang Pause. Der Ring wurde für Fahrtrainings und kleinere Rennen verwendet. 1998 kehrte die Formel I zum um 600 Mio öS umgebauten A1-Ring zurück. Die Vereinbarung mit dem Land hielt nur wenige Jahre. Dann konnte Ecclestone ohne Strafzahlungen vorzeitig aus dem Vertrag aussteigen.

**Der A1-Ring** war eine moderne Rennstrecke und beherbergte ein Fahrtechnikzentrum, als rund um das Aushängeschild Dietrich Mateschitz Pläne für ein groß angelegtes Motorsportzentrum mit Luftfahrtakademie geschmiedet wurden. 2004 beschließt die Landesregierung, noch während der laufenden Einsprüche gegen das Projekt, den Abbruch der Rennstrecke, der prompt durchgeführt wurde. Das Fahrtechnikzentrum wird auf Kosten des Landes abgesiedet. Die Genehmigung des „Projekts Spielberg“ wird wegen schwerer Verfahrensmängel aufgehoben.

**Das Projekt „Spielberg Neu“** wird geboren. Investoren wie VW, Audi, Magna, KTM und Red Bull geben Absichtserklärungen für künftige Investitionen, wollen aber erst investieren, wenn rechtskräftige Genehmigungen vorliegen. Die Kosten für die Verfahren hat das Land zu tragen. Das Land ändert sein Veranstaltungsgesetz, sodass laute „Events“ leichterbewilligt werden können. Nun liegt ein positiver Bescheid für das Projekt vor. Investoren haben abgesagt.

Der A1-Ring, eine moderne Rennstrecke, wurde zugunsten des „Projektes Spielberg“ abgerissen. Jetzt wollen die Investoren nichts mehr davon wissen.

## SPIELBERG

# Ring frei für Investoren

Es gibt einen positiven Bescheid für das „Projekt Spielberg Neu“. Jetzt allerdings zeigt sich, dass man keine rechtsverbindlichen Verträge mit den Investoren hat.

**D**ie erforderlichen Genehmigungen für das Projekt „Spielberg Neu“ liegen nun vor. Daneben gibt es eine Einigung mit den Anrainern, die zuvor weitere Einsprüche angekündigt hatten. Zeit- und Lärmbeschränkungen und eine Limitierung der Renntage wurden auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Projektgruppe „Spielberg Neu“ und Anrainern vorgestellt.

Einer zügigen Verwirklichung von „Spielberg Neu“ stünde nun nichts mehr im Wege. Trotzdem ist der Baubeginn fraglich. Magna, KTM

und VW und haben trotz der getätigten Absichtserklärungen für Investitionen nicht einmal den Bescheid abgewartet. Mittels Presseaussendung wurde schon vor Wochen der Ausstieg aus dem Projekt erklärt. Auch Red Bull sieht ohne diese Investoren nur mehr wenig Chancen für das Projekt.

Das Land hat bisher vier-einhalb Millionen Euro in die Vorbereitung des Spielberg-Projektes investiert. Möglicherweise muss man nun zur Kenntnis nehmen, dass Absichtserklärungen noch lange keine gültigen Verträge sind.

Möglicherweise sind SPÖ und ÖVP auch viel zu sehr mit gegenseitigen Schlamm-schlachten und Postenverteilungen beschäftigt. Denn Red Bull Chef Mateschitz hat erst kürzliche in einem Interview

erklärt, schon seit Monaten mit keinem steirischen Politiker mehr gesprochen zu haben.

Sollte das Projekt scheitern, dann reiht sich das nahtlos in die vielen Flops und Geldvernichtungsaktionen, die sich das Land beim A1-Ring schon geleistet hat: Schlechter Vertrag mit Ecclestone, wodurch er ohne jegliche Konsequenzen die Formel I vorzeitig von Spielberg abziehen konnte. Abbruch des Rings ohne die erforderlichen Genehmigungen für das neue Projekt zu haben, Absiedelung des Fahrtechnik-zentrums....

Das wäre dann ein Schlag ins Gesicht der Menschen im Aichfeld, die mit dem Projekt große Hoffnungen verknüpft haben – und denen große Versprechungen gemacht wurden.



Die Wetterkamera fürs Aichfeld:  
<http://www.wlan4u.com/>



Schweißer gesucht! Überbetriebliche Lehrwerkstätten helfen gegen Jugendarbeitslosigkeit und gegen Facharbeiter/innen-Mangel.

## IMMER WENIGER BETRIEBE BILDEN FACHKRÄFTE AUS Lehrstellenmangel

Während die Wirtschaft den Arbeitskräftemarkt im Osten nicht schnell genug anzapfen kann, fehlen 63.000 Arbeitsplätze für Österreichs Jugendliche. Trotz Blum-Bonus kaum zusätzliche Lehrstellen.

Österreichs Fachkräftemangel ist hausgemacht: Denn während die Wirtschaft lautstark ausländische Fachkräfte einfordert, sind die ausgeschriebenen Lehrstellen rar. Mehr als 100 gesuchten Schlossern im Metallgewerbe in der Steiermark steht beispielsweise gerade einmal ein Lehrplatz (!) gegenüber (Quelle: AMS Job-Room per 11. 9. 2007).

Immer mehr Betriebe stellen sich aus der Pflicht, Nachwuchskräfte auszubilden, und dies, obwohl Ausbildungsbetriebe kräftig gefördert werden. So bringt z.B. der Blum-Bonus dem Unternehmen bis zu 8.400 Euro pro Lehrstelle – und kostet den Staat rund 80 Millionen Euro jährlich.

Trotzdem behauptet die

Wirtschaft regelmäßig, dass Lehrlinge zu teuer seien. Die Mehrheit der Unternehmer verdient jedoch an ihren Lehrlingen. So kostet ein Lehrling im Einzelhandel – unter Berücksichtigung der Abwesenheit für die Berufsschule, jedoch ohne Berücksichtigung von Lehrlingsprämien und kommunalen Förderungen – über die gesamte Lehrzeit nur 63 % einer Hilfskraft.

Zuletzt hat die Regierung auch noch beschlossen, den Forderungen der Wirtschaft nach einer Lockerung des Kündigungsschutzes bei Lehrlingen nachzugeben.

Die Glücklichen, welche eine Lehrstelle ergattern, können oft nur kurz frohlocken, denn häufig werden Lehr-

linge bis zur Übermüdung eingespannt, zu Handlungertätigkeiten herangezogen oder wissen – wie im Beispiel eines der Redaktion bekannten Falles – bis knapp vor Ende der Lehrzeit nicht einmal, welche Person im Betrieb für ihre Ausbildung zuständig ist.

Wie dramatisch die Situation der lehrstellensuchenden Jugendlichen ist, wurde erst kürzlich evident, als der Fall eines Villacher Frisiersalons publik wurde, in welchem sich Jugendliche ihre Lehrstelle um den Preis von 500 Euro regelrecht „erkaufen“ mussten.

Um all diesen Missständen zu begegnen, wiederholt die KJÖ mit Nachdruck ihre Forderung nach überbetrieblichen Lehrwerkstätten in allen Regionen. Betriebe, welche selbst nicht ausbilden, müssen gesetzlich dazu verpflichtet werden, in einen Fonds zur Finanzierung dieser Lehrwerkstätten einzuzahlen.



Sie wollen uns weismachen Österreich sei reich: Die KJÖ zeigt auf, wo das Geld fehlt und wo es geblieben ist:

Das Jahr 2007 war ein gutes Jahr für Superreiche, sie konnten ihren unvorstellbar großen Besitz weiter steigern. Ihr Vermögen stieg in nur einem Jahr um unglaubliche 35%! Das spiegelt aber keineswegs eine allgemeine Einkommenssteigerung wider, denn nur die Reichen werden immer reicher.

Während diese immer mehr vor steuerlichen Zugriffen auf ihre Vermögen und Profite befreit werden, wird bei sozialen, aber auch anderen öffentlichen Aufgaben regelmäßig gespart. Immer wieder ist die Rede von der Nichtfinanzierbarkeit eines Sozialstaats oder des freien Bildungszugangs. Hinter der Diskussion steht aber vor allem der Unwille der Reichen, sich an der Finanzierung zu beteiligen!

Rein rechnerisch müsste jede Person in Österreich – vom Neugeborenen bis zum Greis – 164.274 Euro besitzen. Das sind nämlich die in unserem Land pro Kopf vorhandenen Geldmittel. Über eine Million Menschen verdienen aber 900 Euro und weniger im Monat und gelten deshalb als armutsgefährdet oder akut arm! Wo an derselben Schule einige Schüler darum kämpfen müssen, sich den Schulbesuch finanzieren zu können, bekommen andere einen Mercedes zum 17. Geburtstag!

Uns ist bewusst, dass wir alleine kaum eine Chance haben, diese Missstände zu beseitigen. Dazu braucht es viele junge Menschen, die sich zusammenschließen und zur Wehr setzen. Dazu brauchen wir dich! Kämpfen wir zusammen für eine bessere Zukunft!

[www.umverteilen.at](http://www.umverteilen.at)

[www.kjoe.at](http://www.kjoe.at)



DER STEIRISCHE GLÜCKSSPIELMARKT BOOMT – RIESENGEWINNE FÜR BETREIBER

# „Glücksspiel“ – Weder Glück

„Glück in der Liebe – Pech im Spiel“, sagt der Volksmund, doch wer dem Glücksspiel verfallen ist, riskiert meist, neben Hab und Gut auch diejenigen zu verlieren, die ihm lieb und teuer sind.

Es tarnt sich als Spiel, doch dahinter verbirgt sich bitterer Ernst: das Glücksspiel. Spielen bedeutet unbeschwertes Ausprobieren-Können ohne negative Folgen für das wirkliche Leben. Das Glücksspiel hingegen gaukelt mit diesem positiv besetzten Begriff vor, ein Spiel zu sein, was es nicht ist. In Wahrheit ist es eine „Wette gegen Geld“, sagt

Univ.-Prof. DDr. Nikolaus Dimmel (siehe auch Artikel rechts „Heißes Eisen Spielsucht“ – eine Wette, die umso mehr diejenigen anzieht, die so wenig von diesem Geld haben, Arbeiter für niedrige Löhne, Überschuldete, Verlierer auf dem sogenannten „freien Markt“. Schlechte Bezahlung für Arbeit ohne Ende lässt den Wunsch, es „den Reichen“

eines Tages gleichzutun, zum unerfüllbaren Traum werden. Die Glücksspielwerbung macht sich mit Slogans wie „alles ist möglich“ und dergleichen diese Träume zunutze.

Je mehr allerdings verloren wird, umso größer wird der „Erfolgsdruck“ der Spieler, die Notwendigkeit, zu gewinnen. Mehr und mehr wird um die nackte Existenz gespielt.

Schon das Brecht'sche „wärest du nicht reich, wär ich nicht arm“ lässt allerdings ahnen, wer tatsächlich gewinnt beim Glücksspiel.



Univ.-Prof. Nikolaus Dimmel

2006 überstieg der Umsatz der Österreichischen Lotterien mit 2,04 Mrd Euro erstmals die 2-Milliarden-Marke. Allein gegenüber 2005 bedeutet das

UNTERSCHRIFTENAKTION – NOCH bis 27. 9. 07:



## Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

An die Steiermärkische Landesregierung!  
An den Steirischen Landtag!

Die Spielsucht wird zu einem immer größeren Problem. Viele Existenzen wurden ruiniert, nicht selten führt die Sucht in die Beschaffungskriminalität. Die Betreiber der „Minicasinos“ sprechen mit ihrer Werbung gezielt Jugendliche und Menschen in Notlagen an, die in der Hoffnung auf das große Geld ihr letztes Hemd verspielen. Der Gesetzgeber hat das „Kleine Glücksspiel“ auf Einsätze von maximal 50 Cent und Gewinne von höchstens 20 Euro beschränkt. Mit einfachen Tricks wird dieser vermeintliche Schutz aber umgangen, bei vielen der rund 5.000 Glücksspielautomaten in der Steiermark kann man in wenigen Augenblicken tausende Euro verspielen.

Wir fordern mit unserer Unterschrift das Land Steiermark auf, folgende Punkte rasch umzusetzen und dort, wo Bundeskompetenzen berührt sind, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine gesetzliche Regelung zu erwirken:

- Klare gesetzliche Auflagen für Glücksspiele sowie strenge Kontrollen hinsichtlich deren Einhaltung.
- Verbot von Werbung für Glücksspiele.
- Massive Besteuerung von Geldspielautomaten und eine Standortabgabe für Wettcafés mit Zweckbindung dieser Steuereinnahmen.
- Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche.
- Verbot von Zahlungen für Glücksspiele im Internet.

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Eine Initiative des KPÖ-Klubs im Steiermärkischen Landtag: KPÖ-Landtagsklub, Landhaus, 8010 Graz, Telefon (0316) 877-5102.

Web: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>, E-Mail: [office@kpoe-steiermark.at](mailto:office@kpoe-steiermark.at)

Unterstützungserklärungen bitte bis 27. September 2007 an obenstehende Adresse senden oder bei der KPÖ abgeben.

ABER VIELE VERLIEREN IHRE EXISTENZ

# noch Spiel

einen Zuwachs von 11,6 %.

Am freien Markt herrscht eben das Gesetz „Wer hat, dem wird gegeben.“ Hier können nur Gesetze regulierend eingreifen. Doch verunglückte Gesetze und die mangelnde Kontrolle ihrer Einhaltung haben die Steiermark zu einem Mekka für Spielautomatenbetreiber gemacht, was sich in einer besonders hohen Zahl von Spielsüchtigen niederschlägt.

So befinden sich von den 163 „Admiral Sportwetten“-Filialen in ganz Österreich 54 (!) allein in der Steiermark.

Die KPÖ wird sich daher auch weiter für den besseren Schutz von Spielsüchtigen stark machen. Besonders gut gelingt dies durch die Mithilfe

der Bürgerinnen und Bürger, die die Anfang Sommer gestartete Initiative der steirischen KPÖ gegen die Spielsucht so zahlreich unterstützen. Bereits mehr als 9.000 haben ihre Unterstützung mit ihrer Unterschrift bekundet.

Mit der Problematik des „Kleinen Glücksspiels“ wird sich am 2. Oktober auch eine Veranstaltung des Steirischen Landtages befassen. **Im Internet finden Sie unter <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at> weitere Informationen zur Spielsucht und zur Unterschriftenaktion. Wir bitten um Einsendung Ihrer Unterstützung bis 27. 9. 2007. Adresse siehe links unten.**



Auch auf Kinder übt das Überangebot an Glücksspiel-Möglichkeiten eine gefährliche Faszination aus.

## KOMMENTAR

### Kinder wissen selbst, was sie brauchen!

Von KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler



Vor rund einem Jahr fand in Graz der Steirische Landeskinderkongress statt. Dabei setzten sich Schülerinnen und Schüler damit auseinander, wie sie jenen Teil ihres Lebens, dem sie einen Großteil ihrer Zeit widmen müssen, besser gestalten können. Es wurden Rahmenbedingungen für eine „coole Schule“ erarbeitet.

Die Ergebnisse des Kongresses waren durchaus sinnvoll und umsetzbar und zeigten wieder einmal deutlich: Die jungen Menschen wissen selbst am besten, was sie brauchen! Forderungen waren z.B. für alle Schulen verpflichtende Wahlen von VertreterInnen durch alle SchülerInnen, die Einführung von Klassenräten sowie die Einführung von Schulparlamenten.

Die zum Kongress geladenen VertreterInnen aller politischen Fraktionen zeigten großes Interesse an den Anliegen und man hatte den Eindruck, dass sich in den kommenden Monaten einiges im Bildungsbereich zum Positiven verändern würde. Doch vielleicht hing das große Interesse der Politiker/innen eher mit

dem damaligen Zeitpunkt (es war kurz vor der Nationalratswahl) zusammen, als mit ernst gemeintem Engagement, denn nach dem Landeskinderkongress wurde es ziemlich still...

Die KPÖ hat noch im Dezember 2006 einen Antrag im Bildungsausschuss des Landtages eingebracht: Die Steiermärkische Landesregierung möge die Bundesregierung auffordern, die Umsetzung der vom Landeskinderkongress erarbeiteten Maßnahmen zu gewährleisten. Erst jetzt – beinahe ein Jahr später – wurde dieser Antrag angenommen.

Das Bestreben, im Bildungsbereich Veränderungen herbeizuführen, erfordert Hartnäckigkeit und Durchhaltevermögen. Sich dessen bewusst zu sein, vereinfacht die Sache zwar nicht, sollte uns jedoch Ansporn sein, weiterhin Akzente zu setzen. Also werden wir nicht locker lassen und Initiativen, wie z.B. die Forderung nach dem vermehrten Einsatz von Schulpsycholog/inn/en, konsequent weiterverfolgen

Tel. 0316 / 877 51 02

## „Heißes Eisen Spielsucht“

Ich halte die Spielsucht-Initiative in der Steiermark für sehr wichtig. Eine fortschrittliche politische Kraft greift damit ein heißes Eisen an. Die gesellschaftliche Dimension des Geschäftes mit der Spielsucht wird nämlich oft übersehen“. Das sagt der Salzburger Universitätsprofessor DDr. Nikolaus Dimmel.

In seinem Aufsatz „Leben im Kapitalverhältnis. Ein Glücksspiel“ befasst sich der Hochschullehrer, der praktischen Erfahrungen als Amtsleiter des Sozialamtes in Salz-

burg von 1990 bis 1995 hat, mit diesem Thema. Ein Zitat: „Der Zusammenhang von Kredit, Spiel und Armut ist evident. Überschuldet sind die niedrigen Einkommensschichten, spielsüchtig sind die sozialen Absteiger, für die der ersehnte Gewinn zwar die Befreiung von ihrer Prekarität bedeuten würde, die aber nicht mehr in der Lage sind, ihr Spielverhalten zu kontrollieren.“ Der Text kann bei der KPÖ Graz, Tel. 71 24 79 angefordert werden. Web: [www.kpoe-steiermark.at/14.19.0.0.1.0.phtml](http://www.kpoe-steiermark.at/14.19.0.0.1.0.phtml)

WENN SIE DEN STROM-LIEFERANTEN WECHSELN WOLLEN

# Verwirrende Stromrechnung?

Komplizierte Stromrechnungen erschweren den Preisvergleich. Wir sagen Ihnen, worauf Sie schauen müssen und wie man den Stromanbieter ganz einfach und schnell wechselt.

Nachdem die Energie-Steiermark Tochter Stewea-Steg (SSG) ihr Versteckspiel mit dem Verbrauchspreis und der Grundgebühr bei den Rechnungen ihrer Selectkunden – entgegen den Vorgaben der Energie-Control – weiterhin fortsetzt, lassen sich das immer mehr SSG-Stromkunden nicht mehr gefallen. Sie wechseln zu einem anderen und noch dazu günstigeren Stromlieferanten. Die Einsparungen sind nicht unbedeutend (siehe Tabelle).

Laut Tarifikalkulator der Energie-Control beträgt zum Beispiel für einen Haushalt mit 3.500 kWh Jahresverbrauch der Unterschied beim Energiepreis der SSG und jenem vom Verbund, er ist derzeit österreichweit der günstigste Anbieter, rund 25 Prozent.

## Auf Energiepreis schauen

So sollte eine Stromrechnung entsprechend den Vorgaben der Energie-Control im Wesentlichen aussehen:

– **Energiepreis** (darin enthalten: Arbeitspreis in Cent/kWh, kalkulatorische Mehrkosten für Ökostrom in Cent/kWh, Grundgebühr in Euro/Monat)

– **Netzpreis** (darin enthalten: Netzleistungspauschale in Euro/Monat, Netznutzungsentgelt in Euro/kWh, Netzverlustentgelt in Euro/kWh, Entgelt für Messleistungen in Euro/Monat)

– **Steuern und Abgaben** (darin enthalten: Energieabgabe in Euro/kWh, Förderbeitrag je Zählpunkt (=Zähler) in Euro/Monat, Umsatzsteuer in Euro)

– **Gesamtsumme** in Euro

Jeder Stromkunde sollte prüfen, ob seine Rechnung so aufgelistet ist, oder ob die Rechnung anders aussieht und den Energiepreis im Detail gar nicht separat ausweist. Denn nur der Energiepreis unterliegt dem freien Wettbewerb und ist daher beim Vergleich der Preise verschiedener Stromlieferanten von entscheidender Bedeutung.

## Wechseln leicht gemacht

Wie erfolgt nun ein Wechsel des Stromlieferanten? Hierzu ein Beispiel mit dem Verbund als zurzeit günstigstem Anbieter:

1. Vergleichen Sie anhand des Tarifikalkulators per

Internet ([www.e-contol.at](http://www.e-contol.at)) die Stromkosten. Wenn dies im Einzelfall nicht möglich ist, schicken Sie Ihre letzte Strom-Jahresrechnung an den Verbund, wenn Sie an den Verbund wechseln möchten, und lassen Sie ein Angebot erstellen, oder kontaktieren Sie die Gratis-Serviceline des Verbundes (0800 210 210).

2. Vertragsangebot (per Internet oder Formular) vollständig ausfüllen, unterschreiben und an den neuen Lieferanten schicken.

3. Alles weitere erledigen seriöse Stromanbieter ohne weiteren Aufwand und ohne Kosten für den Stromkunden:

Selbstverständlich wird Ihre Stromversorgung zu keinem Zeitpunkt des Wechselprozesses unterbrochen. Die Strom-Jahresabrechnung vom Verbund enthält übersichtlich und in leicht überprüfbarer

Form die Positionen Energie, Netz und sonstige Abgaben.

Allerdings hat auch der Verbund mit 1. September eine Energiepreiserhöhung beim Normalstrom von 5,4 Cent/kWh auf 6 Cent/kWh vorgenommen. Für Neukunden gibt es einen Neukundenbonus von 10 Prozent für das erste Belieferungsjahr.

## ALTERNATIVE ÖKOSTROM

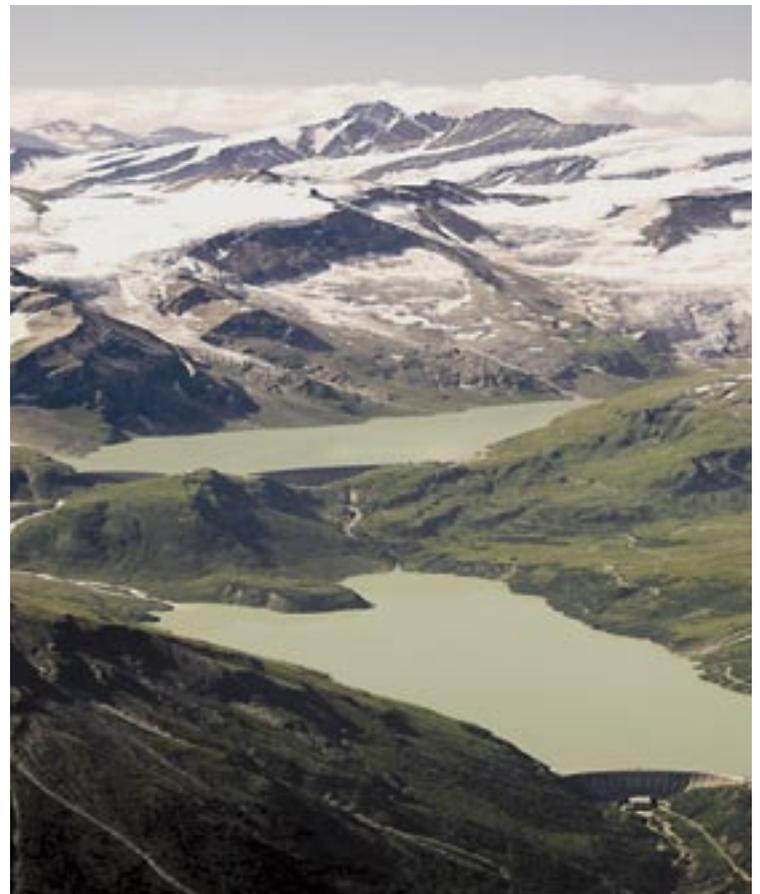
Ökostrom ermöglicht es umweltbewußten Konsument/innen Strom zu beziehen, der ausschließlich aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Solarenergie erzeugt wird. Das ist für die Haushaltskasse nicht unbedingt billiger, aber eine Überlegung wert.

Information: W. Feigl, Tel. 0664/39 555 14 [www.weizsolar.at](http://www.weizsolar.at)

## STROMKOSTENANTEIL „ENERGIE“ FÜR HAUSHALTE INKL. 20 % MEHRWERTSTEUER

Jahresverbrauch	Stromlieferant			
	SSG	VERBUND	Differenz SSG/Verbund	
kWh	Euro pro Jahr	Euro pro Jahr (erstes Jahr)	Euro	%
1.500	145,97	103,20	42,77	29,30
2.500	224,47	168,00	56,47	25,16
3.500	301,36	226,80	74,56	24,74
4.500	378,24	261,60	86,64	22,91
6.000	493,56	388,80	104,76	21,23

Quelle: EC-Tarifikalkulator, Stand 4. Sept. 2007, Angaben ohne Gewähr.



In Österreich wird Strom vor allem aus Wasserkraft gewonnen, wie z.B. hier im Speicherkraftwert Kaprun.

## ZIVILINVALIDENVERBAND KRITISIERT KÜRZUNGEN

# Sparstift trifft Behinderte

Menschen mit Behinderung benötigen Hilfestellungen, oft bei einfachen Erledigungen des täglichen Lebens. Nun will das Land die Tarife für die Arbeit mit Behinderten drastisch kürzen. Davor, dass Menschen mit Behinderung weiter ins Abseits gedrängt werden, warnt Peter Ripper, Obmann des ÖZIV.

Die neue Leistungsverordnung (LEVO) des Landes Steiermark hat den Obmann des ZIV, Regierungsrat Peter Ripper, wie ein Keulenschlag

getroffen. „Ich bezeichne den Entwurf der neuen LEVO als Aufbruch in eine längst überwunden geglaubte Vergangenheit“, meint Peter Ripper

angesichts der geplanten Kürzungen aus dem Ressort von Soziallandesrat Kurt Flecker.

„Für Menschen mit Behinderungen stellen einfachste Handgriffe oft unüberwindbare Hürden dar“, skizziert der Bezirksobmann des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes, Regierungsrat Peter Ripper, die Situation. „Deshalb sind sie auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen.“

Seit sechs Jahren ist Peter Ripper Obmann des politisch unabhängigen Vereins, der sich zum Ziel gesetzt hat, Menschen mit Behinderungen in sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen zu beraten, ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten sowie die Gleichstellung behinderter Menschen durchzusetzen.

Jetzt sollen die Tagsätze für Pfleger für Leistungen wie mobile Betreuung, Wohnbetreuung, Familienentlastung und Freizeitassistenz um bis zu 38 % gekürzt werden. Rund 4.000 Menschen, vor allem solche mit einem besonderen Betreuungsbedarf, werden davon betroffen sein.

„Während man einerseits die Leistungen für Menschen mit Behinderung immer weiter

Regierungsrat Peter Ripper, Obmann für Graz und Graz Umgebung beim unabhängigen ÖZIV.



einschränkt, sinkt zugleich die Bereitschaft - auch der öffentlichen Stellen -, behinderte Menschen zu beschäftigen“, kritisiert Peter Ripper.

So schlittern mehr und mehr Menschen mit Behinderung in die Armut. Die finanziellen Belastungen, die sie infolge gesellschaftlicher und beruflicher Ausgrenzung und mangelnder staatlicher Leistungen selbst nicht bestreiten können, überlässt man ihren Eltern oder Kindern und drängt diese damit ebenfalls ins finanzielle Out.

„Es ist bedenklich, wie sehr sich der Egoismus in unserer Gesellschaft durchgesetzt hat. Gefragt wäre mehr Verständnis für Menschen mit Beeinträchtigungen“, fordert Regierungsrat Peter Ripper und gibt zu bedenken: „Behinderung kann jeden jederzeit treffen, sie macht vor niemandem Halt.“

Nähere Infos zur Arbeit des ÖZIV Steiermark unter [www.oeziv-steiermark.at](http://www.oeziv-steiermark.at), Tel.: 0316/82 88 81



Menschen mit Behinderung wird der Weg oft versperrt.

### SPENDENAUFBRUF

## Ein Begleiter für Carina

Carina Schuster ist gerade sieben Jahre alt geworden. Das Mädchen leidet an Spastischer Tetraparese. Fortbewegen kann sie sich nur am Boden mit Robben und Rollen. Stehen oder Gehen ist nur mit Unterstützung möglich.

Um ihrer Tochter ein selbstständiges Leben zu ermöglichen, hat Familie Schuster sich um einen Behindertenbegleithund bemüht, der bereits seit Jänner im Hundezentrum Josef Niederl in Helfbrunn ausgebildet wird. Noch bis Ende des Jahres wird der Golden Retriever, der auf den klin-

genden Namen „Amadeus“ hört, auf seine künftige verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet.

Amadeus wird die kleine Carina dann stets begleiten. Er wird unerreichbare Gegenstände holen, Türen öffnen und Alarm schlagen können. Um die kostspielige Ausbildung zum Behindertenbegleithund von 14.000 Euro bestreiten zu können, bittet Familie Schuster um Ihre finanzielle Unterstützung. Spenden erbeten auf das Konto Nr. 570-07.067.200 bei der Notartreuhandbank, BLZ 31500. Vielen Dank!



Carina Schuster mit Mutter Michaela, Begleithund „Amadeus“ und „Hundeflüsterer“ Josef Niederl. ([www.hundezentrum-niederl.at](http://www.hundezentrum-niederl.at))

## REGIERUNG Viel Geld für Werbung

34 Millionen Euro: Für Werbung vor allem in eigener Sache griff die Bundesregierung 2006 tief in die Tasche der Steuerzahler.

Die Regierenden sind nicht gerade sparsam, wenn's um Eigenwerbung geht. In der neuen SPÖVP-Regierung ist Kanzler Alfred Gusenbauer mit 1,1 Millionen Euro für Infokampagnen Spitzenreiter beim Ausgeben. An zweiter Stelle liegt Landwirtschaftsminister Josef Pröll. Er bezahlte 883.171 Euro für diverse „nachhaltige“ Werbe- und Infoprojekte, an die wir uns alle erinnern können... Etwas weniger freizügig war Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky. Ihre Informationskampagne zur Aids-Prävention und die Bädertour gegen Alkoholismus bei Jugendlichen schlug mit 734.000 Euro zu Buche. Die Klatschspalten-Ministerin legt allerdings ordentlich nach, will doch ihre neue Kindergeldregelung demnächst mit 850.000 Euro beworben werden.

Schon abgeschlagen folgt das Sozialministerium mit Werbeausgaben von 572.000 Euro. Mit der Hälfte davon begnügte sich das Frauenministerium (rund 280.000 Euro).

Die letzte ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung ging übrigens besonders schamlos mit Werbegeld um. Beim Regierungsstart im Jahr 2000 reichten noch 9 Millionen Euro, 2006 waren es hingegen mehr als 34 Millionen Euro!

### ZITAT ZUR LAGE

**„Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“**

Aus Dreigroschenoper von Bertolt Brecht



Mit der Bahn reist es sich bequemer und stressfreier – für Kinder und Erwachsene.

## ÖFFENTLICHER VERKEHR Plädoyer für die Eisenbahn

Teurere Treibstoffe, größere Umweltprobleme durch den motorisierten Verkehr, Todesopfer auf den Straßen – ein Umstieg auf den öffentlichen Verkehr ist notwendig denn je. Ein Symposium des KPÖ-Bildungsvereins widmete sich dessen Stellenwert.

**S**emmeringtunnel: Ja oder Nein? – Das war das Hauptthema des Symposiums in Mürzzuschlag. Franz Fromm (Verkehrsreferat AK-Steiermark) zeigte den bedeutenden Stellenwert der Steiermark in der EU-Verkehrspolitik auf. Helmut Uttenthaler (Obmann Verein Fahrgast Steiermark) betonte die Wichtigkeit des Nahverkehrs und der Zeitgewinnung beim Fernverkehr für den Fahrgast. „Nur wer

gegenüber dem Auto einen Zeitgewinn erzielt, steigt auf die Bahn um“, meint er.

Der Verkehrsexperte der TU Wien, Hermann Knoflacher, vertrat die Meinung, dass ein Semmeringtunnel (und auch der Koralmtunnel) gegenüber dem Steuerzahler unverantwortlich sei. In anderen Ländern müsse man für eine Fahrt wie über den Semmering (auf der historischen Ghega-Bahnstrecke) noch einen Zuschlag zahlen.

Ernest Kaltenegger (KPÖ-Landtagsabgeordneter) erweiterte die Diskussion um die Sorgen der Fahrgäste und die täglichen Probleme der Pendler. Hier wurde auch von den Diskutanten eine Forderung an die Politik gesandt. Man müsse sich endlich zur Bahn bekennen und herrschende Mängel beseitigen.

Das anwesende Publikum kritisierte vor allem, dass sich

die heimische Politik für den Straßenbau, nicht aber für die Eisenbahn eingesetzt habe. Fazit: Österreich baut lieber Straßen als Bahnlinien aus – im Gegensatz etwa zum Nachbarland Schweiz, in dem ein Großteil der Wege mit dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt wird. Kilometerlange Tunnels oder Bahnstrecken in entlegene Gebiete sind dort ganz normal.

Geld für den Ausbau der Bahn sei genug da. Denn die KPÖ meint, dass vor allem die Großunternehmen, die vom funktionierenden ÖV stark profitieren, einen Beitrag leisten sollen. Mit einer gerechten Nahverkehrsabgabe – nach dem Wiener Vorbild, wo Betriebe pro Mitarbeiter einen Beitrag zum Ausbau der Schieneninfrastruktur leisten – würde eine gute Verkehrspolitik in der Steiermark leist- und umsetzbar.

## SOZIALSERVICE

**Kinderzuschuss  
des Landes**

Der Kinderzuschuss des Landes beträgt monatlich 145,35 Euro. Er gilt für die ersten 12 Lebensmonate des Kindes, solange die Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind. Den Kinderzuschuss bekommt ein Elternteil (auch Adoptiv- oder Pflegeelternanteil), wenn

- der Antrag innerhalb der ersten 12 Lebensmonate des Kindes gestellt wird und für dieses Kind auch Familienbeihilfe des Bundes gewährt wird
- der antragstellende Elternteil mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt lebt
- der Hauptwohnsitz des Kindes und des beziehenden Elternteils in der Steiermark liegt

Für die Gewährung des Kinderzuschusses darf das monatliche Familien-Nettoeinkommen maximal folgende Höhe haben:

- 1 Erw., 1 Kind: 1.089,00 Euro
- 2 Erw., 1 Kind: 1.669,80 Euro
- 1 Erw., 2 Kinder: 1.452,00 Euro
- 2 Erw., 2 Kinder: 2.032,80 Euro
- 1 Erw., 3 Kinder: 1.815,00 Euro
- 2 Erw., 3 Kinder: 2.395,80 Euro
- 1 Erw., 4 Kinder: 2.178,00 Euro
- 2 Erw., 4 Kinder: 2.758,80 Euro
- 1 Erw., 5 Kinder: 2.541,00 Euro
- 2 Erw., 5 Kinder: 3.121,80 Euro

Den Antrag stellt man beim Gemeindeamt, beim Bezirksamt des Magistrates Graz oder im Referat Frau-Familie-Gesellschaft, Karmeliterplatz 2, 8010 Graz.

**Erforderliche Unterlagen:** Die Geburtsurkunde des Kindes, Meldezettel aller im Haushalt lebenden Personen, Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe (Bescheid oder Auszahlungsbeleg) sowie Einkommensnachweise.

Weitere Informationen und auch das Antragsformular finden Sie im Internet unter:

[www.steiermark.at/referat-ffg](http://www.steiermark.at/referat-ffg)  
 DSA Karin Gruber  
 KPÖ-Landtagsklub,  
 Herrengasse 16, 8010 Graz,  
 Tel: 0316/877 51 01  
 E-Mail: [karin.gruber@stmk.gv.at](mailto:karin.gruber@stmk.gv.at)

## HOHE LEBENSMITTELKOSTEN

**Schock beim Einkaufen**

Nach der Milchpreiserhöhung kosten auch Brot und Fleisch mehr. Die Familien und die Pensionisten trifft es am härtesten. Die KPÖ schlägt eine Amtliche Preisregelung vor.

Den Letzten beißen die Hunde, heißt es. In diesem Fall trifft es die Ärmsten: Familien mit wenig Einkommen, Pensionistinnen und Pensionisten, Menschen mit Sozialhilfe. Sie können sich Lebenswichtiges bald nicht mehr leisten. Denn die Preise dafür steigen ins Bodenlose, während die Preise für Elektrogeräte und ähnliches sinken. Milch wurde unlängst teurer, die Brot- und Fleischpreise sollen noch heuer angehoben werden, auch die Kosten für Heizung und Strom steigen. „Die Ausgaben fressen die Einkommen auf“, so der Diakonie-Sozialexperte Martin Schenk von der österreichischen Armutskonferenz.

Denn die Gehalts- und

Pensionsentwicklung hält da nicht mit. Gerade die Güter des täglichen Bedarfs sind teurer geworden, hat die Statistik Austria herausgefunden. Ein Liter Milch war vor der Euro-Umstellung um 9,90 S zu haben, bis ins Frühjahr reichten rund 90 Cent (immer noch 12,40 ÖS). Seit Sommerbeginn kostet Qualitätsmilch 1,05 Euro (14 ÖS); im Schlepptau wurden auch Milchprodukte teurer (Joghurt +12%, Sauerrahm +13% im Vergleich zum Vorjahr).

Blickt man noch weiter zurück, schaut es noch schlimmer aus: Einen Kilo gutes Brot bekam man 2001 um rund 28 S, inzwischen sind daraus gut 50 Schilling geworden. Und heuer soll der Preis von Brot und Fleisch noch einmal steigen (obwohl der Brotpreis im Frühjahr angehoben wurde).

**Billigprodukte**

Ein Ausweg ist die Flucht zu Billigprodukten diverser Diskonter, die bei Produkttests nicht immer wirklich gut ab-

schneiden. Kein Wunder, ist doch in einem Kilo Brot um 2 Euro logischerweise nicht die biologische Qualität wie in jenem Kilo um 4 Euro enthalten. Und ob ein Schwein, dessen Schnitzl um 3 Euro pro Kilo gehandelt wird, wirklich gesund aufgewachsen ist, lässt sich bezweifeln.

„Es ist eine Schande, dass immer mehr Menschen Lebensmittel von minderer Qualität kaufen müssen, weil selbst Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs immer teurer werden. Im Herbst sollen die Preise von Brot und Fleisch erhöht werden. Es ist dringend notwendig, dass die Pensionen endlich an den Pensionistenindex angepasst werden“, fordert die steirische KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

Deshalb tritt die KPÖ für eine amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Bedarfs ein. Dieses System hat in den Jahren des Wiederaufbaus in Österreich wunderbar funktioniert und wurde vor dem Beitritt zur EU abgeschafft.



Die Lebensmittel im Supermarkt teuer wie nie. Eine Amtliche Preisregelung könnte helfen.

Die **Steirische  
Volksstimme**

Fr., 5.10.2007, 20 Uhr,  
KPÖ Bildungszentrum im Volkshaus Graz  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

präsentiert:

# 9dinger und die geringfügig Beschäftigten

REFLEXIONEN nennt sich die erste CD von „9dinger und die geringfügig Beschäftigten“. Die Gruppe um die Sängerin Beatrix Neundlinger (ehm. Schmetterlinge) ist vor 4 Jahren als Reflex auf die Situation in Österreich entstanden. <http://www.9dinger.at/>  
Karten (VVK: 6 € AK: 9 €) unter: Tel. 22 59 31 oder 71 24 79.



### Kaminholz

Trockenes Holz, BUCHE oder EICHE, ofenfertig in sauber gelegter Kiste: 25cm - 33cm - 50cm, frei Haus, mit Kran oder Hubwagerl abgeladen, auch händische Einlagerung möglich, ab Euro 60,-/RM.

Info unter Tel. 0650 / 53 32 203 oder [www.kaminholz-frei-haus.com](http://www.kaminholz-frei-haus.com)

### GAMLITZ:

**Zu vermieten:** Geschäftslokal in Gamlitz, zentrale Lage, Erdgeschoss 156m<sup>2</sup> + Keller 156m<sup>2</sup> + 150 m<sup>2</sup> Freifläche geeignet für Handel und Gewerbe, **Tel. 0316/84 54 94** abends.

### ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECHTAGE

Mo. bis Fr. von 10 bis 14 Uhr  
Lagergasse 98a, Graz  
☎ **0316/71 24 80**  
Vor Anmeldung erbeten.

### Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- andere Probleme

## Familienkompetenz: Beratung für Familien und Paare

Wir bieten Ihnen kostenlose und vertrauliche Information und Beratung in allen Lebensbereichen:

- Jugendberatung
- Elternberatung
- Familienberatung
- Suchtberatung
- Scheidungs- und Trennungsberatung
- Mediation

Unsere Familienkonfliktberatungsstellen in Frohnleiten, Weiz und Fürstenfeld bieten neben der rechtlichen und allgemeinen Information auch psychosoziale Begleitung und Beratung für Einzelpersonen, Paare und Familien, Kinder und Jugendliche.

**Nähere Informationen bei Frau Mag. Sandra Sebinger, Tel. (0676) 64 38 864.**

## Schöne Bio-Lamm- und Schaffelle zu verkaufen:

Verschiedene Größen und Farben (weiß, beige, braun, schwarz). Geeignet auch für Babys – pflanzlich gegerbt. Ihre Bestellung versenden wir auch gerne. Barbara und Florian, **Tel. 03579/8037**, oder [aon.913999714@aon.at](mailto:aon.913999714@aon.at)

## Was sagt Mann dazu?

Manche Frauen sind schon lästig, wenn sie ständig darauf bestehen, dass Wörter „geschlechtergerecht“ umgemodelt werden, oder? So haben sie doch tatsächlich die DirektorInnen, die GeschäftsführerInnen und die KöchInnen eingeführt, hätten wir doch mit Direktoren, Geschäftsführern und Köchen auch das Auslangen gefunden.

Frauen sind ja eh immer mitgemeint, meint Mann/und auch oft Frau. Oder etwa nicht? Unsere ehemalige Frau Landeshauptmann ist schließlich auch mit dem männlichen Begriff viel besser zurecht gekommen.

Die bekannte Schriftstellerin und Linguistin, **Luise F. Pusch**, ist am 12.

und 13. 10. in Graz und wird auf das Thema Frau und Sprache auf amüsante Weise eingehen. Und um zu überprüfen, ob Mann/Frau die Inhalte von ihrem Vortrag „Die Frau ist nicht der Rede wert“ auch wirklich mitbekommen haben, wird das Sprachverständnis in einem Workshop nochmals untersucht.

**Freitag, 12. 10. 19 Uhr: Vortrag, Samstag, 13. 10. 2007 10 Uhr: Workshop, beide im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.**

**Weitere interessante Veranstaltungen des KPÖ-Bildungsvereins:**  
**Fr, 28.9., 19 Uhr**, Gotische Halle/Sackstr./Graz, Österreich auf dem Weg



in Militärbündnisse  
**Di, 2.10., 19 Uhr**, KPÖ Bildungszentrum/Graz: Lesung mit Bini Admacsak: Kommunismus  
**Mo, 8.10., 19 Uhr**, Rechaubauerkino/Graz: Kurt Palm liest aus dem Bolivianischen Tagebuch  
**Fr, 26.10.**, Burg Oberkapfenberg, Fest zum Neutralitätsfeiertag  
Darüber hinaus werden Seminare zu vielen interessanten Themen für jung und alt angeboten. Wir senden Ihnen gerne unsere Programme zu. Anruf oder E-Mail genügt:

KPÖ-Bildungsverein,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Tel. 0316 / 22 59 31  
[bildungsverein@kpoe-steiermark.at](mailto:bildungsverein@kpoe-steiermark.at)  
[bildungsverein.kpoe-steiermark.at](http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at)



## Freunde alten Spielzeugs – Ausstellung: Faszination Spielzeug

### Puppen, Bären, Eisenbahnen im Wandel der Zeit

am Samstag 13. Oktober von 14 bis 20 Uhr sowie Sonntag, 14. Oktober von 10 bis 14 Uhr in der **Steinhalle Lannach**



Informationen: Hermine Thaller 0699/11680965

[www.faszination-spielzeug.at](http://www.faszination-spielzeug.at)

**Red:out** jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Klosterwiesgasse 2 (Nähe Jakominiplatz).



## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

### Alles teuer – dank dem Euro

In unserer letzten Ausgabe fragten wir, ob der Euro verantwortlich für die immensen Preissteigerungen seit 2001 ist. Wie berichtet, kostet ein Liter Diesel nun rund 35 %, heimische Kartoffeln um 77 %, ein Krügerl Bier rund 30 %, Brot um bis zu 70 % mehr als vor der Euro-Einführung. Heuer ist eine neue Teuerungswelle über das Land geschwappt (siehe Seite 10). Hier einige Zuschriften unserer Leserinnen und Leser.

*Ich habe Ihren Bericht über die Euro-Einführung gelesen. Es ist eine bodenlose Frechheit, was da geschieht. Eine Abzocke der Bevölkerung schlechthin, da kommt einem das Kotzen. Man darf sich nicht wundern, warum so viele verschuldet sind und an der Armutsgrenze leben.*

*Die Preise steigen und steigen und die Löhne bleiben gleich, das kann ja wohl nicht sein, oder? Es ist dringend an der Zeit, das etwas dagegen unternommen wird, bevor wir VERARMEN.*

Gerald M.

*Ich finde, dass der Euro ein Teuro ist. Der Schilling muss her.*

Manuela S., Hieflau

*Eine Rückkehr zum Schilling ist illusorisch. Bei diesem Wucher sind die Politik und der Konsument gefragt; zur Regulierung.*

Stephan N., Feldbach

*EU + Erweiterung + Euro ist ein Verbrechen an der Bevölkerung und den zukünftigen Generationen.*

Gerhard R., Mureck

*Stört der Euro? Schuld ist die private Spekulationswirtschaft und nicht der Euro!*

Helmuth S., Fohnsdorf

*Der Euro ist hochgradig und versteckt inflationär. Der ÖGB empfiehlt 1000 Euro Mindestlohn. Viele, inklusi-*

*ve ich, sind deutlich darunter.*  
Herr H., Bad Radkersburg

*Die Älteren merken sich keine Preise. Ein paar Cent mehr fallen keinem auf.* Frau M., Obdach

*Wo kostet denn bitte 1 l Milch 0,95 Euro? Im Versandhandel? Im Supermarkt sind 0,80 schon eher teuer! Ihre Statistik ist für den Kübel.*

Max H.

*Anmerkung: Inzwischen kostet ein Liter Vollmilch (Desserta, Stainzer...) 1,05 Euro*

*Benzinpreis - ein Wahnsinn für jeden Pendler. Mit einer solchen Politik kann man nur verzagen. Katastrophe. Rot 5, Schwarz 5, KPÖ 2-3, andere 6!*

Herr M., Judenburg

*Die Pensionen bzw. deren Erhöhung stehen in keinem Vergleich zu den Preissteigerungen.*

Hildegard E., Kapfenberg

*Durch Euro bin ich in die Schuldenfalle geraten!*

Herr S.

*Euro = Teuro, wir wollen den guten alten Schilling.*

Carina T., Bruck/Mur

*In einigen Ländern ist es leichter, mit dem Euro zu zahlen, aber es ist auch alles teurer geworden.*

Sonja L., Deutschlandsberg

*Durch den Euro fallen immer mehr unter die Armutsgrenze.*

Margarete L., Judenburg

*Der Euro bringt nur etwas für Großunternehmer, Fusionen, Politiker, Obergscheite und Wichtigmacher! Aufmucken in der EU wegen der EU ist zwecklos und unerwünscht!*

Fam. R., Graz

*Durch den Euro bin ich sehr ins Schleudern gekommen und kann meinen Kindern nicht mehr viel bieten.*

Frau G., Müzzuschlag

*Alles ist teurer geworden!!! Endlich hat jemand den Mut es zu sagen!*

Herr A., Wartberg

*Wir bekommen jetzt ein Baby und es ist ein Horror, wie teuer alles ist!*

Frau K., Leibnitz

*Auch mit dem Schilling wäre Vieles teurer geworden. Der Euro soll natürlich bleiben!*  
Susanne P.

*Wie viele Auslandsreisen macht ein Normalbürger? Einkaufen muss ich aber täglich!*  
Frau P., Gleisdorf

*Ich wäre für eine Volksabstimmung für den Schilling!*

Frau G., Kapfenberg

*Der Euro macht uns arm, können wir uns noch Kinder leisten?*

Frau A., Hartberg

*Sie führen ein kg Mischbrot mit 4,10 Euro an! Diesen Preis gibt es in Bäckereien nirgends. Bei uns kostet 1 kg 2,50 Euro. In weiterer Umgebung auch schon 2,80. Aber keine 4,10! Bitte besser recherchieren!*

Fritz H., Dorfbach

*Anmerkung: In größeren Städten (auch in Graz) kann Brot auch durchaus teurer sein – wenn auch möglicherweise kein „Misch-“, sondern ein Spezialbrot. Dessen Kilopreise können dafür auch die 5-Euro-Grenze locker überschreiten.*

*Der Preisvergleich von Euro- und Schillingpreisen in der Steirischen Volksstimme hat mich wirklich schockiert. Natürlich ist es auf der einen Seite praktisch, wenn man im Ausland mit derselben Währung zahlen kann. Nur meiner Meinung nach ist es das nicht wert. Denn schließlich verbringt man mehr Zeit in den eigenen vier Wänden als im Ausland.*

*Die Armut ist auch in Österreich nicht mehr so gering und der Euro treibt bestimmt sehr viele Menschen durch die Preiserhöhungen in den Ruin. Es wurde jedem Zucker um den Mund geschmiert, wie toll der Euro doch ist. Und was ist jetzt? Es ist alles teurer und es sind viele Fälschungen im Umlauf.*

*Da fragt man sich wirklich, ob sich das gelohnt hat. Ich würde alles tun, damit der Schilling wieder eingeführt wird.*

Sabine M., Fohnsdorf

*Ich muss richtig stellen, dass nicht der Euro Schuld ist sondern die Politik in der EU und in Österreich! Es werden so viele Milliarden beim Fenster hinaus-*

*geworfen wie nie zuvor, Politiker werden noch belohnt dafür. Wenn ein normaler Bürger so was machen würde, haftet er mit seinen Privatvermögen. Wenn ein Politiker so etwas macht, bekommt er einen besseren Posten. Daher fordere ich Sie auf, auch die Politiker haftbar zumachen und nicht die Schuld dem Euro zu geben. Es ist auch falsch, die Warenpreise zu erhöhen, sodass der Kleine Mann auf der Strecke bleibt.*

Heribert H., G. St. Florian

*Schuld am Euro ist diese dämliche Regierung, die wir haben. Die lügen uns das Blaue vom Himmel runter und keiner kann was dagegen tun.*

Werner G.

### OPFERNOTRUF: 0800 112 112

Opfer von Straftaten finden seit 1. Juli beim „Weißen Ring“ Unterstützung und Hilfe. Unter der bundesweit **kostenlosen** Rufnummer **0800 112 112** ist täglich rund um die Uhr telefonische Krisenhilfe sowie ein umfangreiches Betreuungs- und Hilfsangebot abrufbar.



### TIERECKE

**Katze sucht Familie:**

Raum Knittelfeld: Junge Katze, Findling, sucht dringend ein Neues zu Hause. Anfragen: KPÖ-Knittelfeld, Tel. 03512/82240



### newsletter



Bitte anfordern unter  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at) oder  
E-Mail: [georg.fuchs@stmk.gv.at](mailto:georg.fuchs@stmk.gv.at)

### Steirische Volksstimme

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz.  
Tel. 71 24 79,  
Fax 71 62 91  
email: [volksstimme@kpoe-steiermark.at](mailto:volksstimme@kpoe-steiermark.at)  
DVR: 0600008



# EU-VERTRAG: NAME GEÄNDERT, INHALT BLEIBT SCHLECHT

## Volksabstimmung jetzt!



Die steirische KPÖ unterstützt die Internetaktion der Linzer „Werkstatt Frieden und Solidarität“ für eine Volksabstimmung über den neuen EU-Vertrag.

**W**ir ersuchen alle Leserinnen und Leser folgendes Schreiben zu unterzeichnen, das an die österreichischen Nationalratsabgeordneten gerichtet ist: *Offener Brief an alle Nationalratsabgeordnete! Sehr geehrte Frau NR-Abgeordnete, sehr geehrter Herr NR-Abgeordneter,*

*derzeit werden im Rahmen einer EU-Regierungskonferenz die Verträge der EU neu verhandelt. Mit diesem Vertrag soll Österreich den - mit wenigen kosmetischen Änderungen versehenen - Regelungen des 2005 gescheiterten Verfassungsvertrags unterworfen werden.*

*Diese Regelungen umfassen eine Aufrüstungsverpflichtung, die Teilnahme an einer EU-Rüstungsagentur, eine militärische Beistandsverpflichtung, die Selbstermächtigung bei Militärinterventionen auch*

*ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates, die Einrichtung eines militärischen Kerneuropas und die Privilegierung der Atomindustrie. Festgeschrieben wird das Prinzip einer offenen Marktwirtschaft mit ungezügelm Wettbewerb und somit der Druck zur Privatisierung öffentlicher Dienste und die Europäische Zentralbank als demokratiefreier Raum.*

*Dem österreichischen Nationalrat werden weitgehende Kompetenzen – insbesondere in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik – entzogen und Gremien (EU-Rat und Ministerrat) übertragen, die demokratisch nicht mehr kontrolliert werden können. Diese Regelungen bedeuten einen grundlegenden Bruch im Verfassungsrecht und in der Rechtstradition der II. Republik. Sie sind deshalb zwingend einer Volksabstimmung zu unterwerfen.*

*Das österreichische Parlament hat bereits im Mai 2005 den EU-Verfassungsvertrag rechtswidrig ohne Volksabstimmung ratifiziert. Die Bundesregierung interpretiert diesen Akt als Freibrief für die Verhandlungen bei der Regierungskonferenz und plant den darauf*

*aufbauenden neuen Vertrag ohne öffentliche Debatte und ohne Volksabstimmung über die Bühne zu bringen. Nicht in meinem Namen.*

*Ich fordere Sie deshalb auf, eine Volksabstimmung über die neuen EU-Verträge zu beschließen.*

**Der offene Brief kann unter folgender Internetadresse unterzeichnet werden: <http://www.werkstatt.or.at/Forum/VolksabstimmungEUVertrag.php>**



Das Soldatenleben ist nicht immer lustig. In den EU-Reformverträgen sind eine militärische Beistandsverpflichtung und die Teilnahme an Militärinterventionen auch ohne UN-Mandat vorgesehen.

## ESTAG-Rückkauf: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

### Umfrage zu ESTAG-Rückkauf:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

**Sollte die ESTAG wieder ganz vom Land Steiermark zurückgekauft werden, um die künftige Stromversorgung in der Steiermark zu sichern? (Bitte ankreuzen)**

1.) Unbedingt, nur so ist unsere Energieversorgung vor dem Zugriff internationaler Konzerne geschützt.

2.) Mehrheitseigentum genügt.

3.) Nein, die ESTAG soll an den meistbietenden Konzern verkauft werden.

Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der steirischen KPÖ zugeschickt.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) \_\_\_\_\_



An die **Steirische Volksstimme**

co KPÖ - Ernest Kaltenegger  
Landhaus, Herrengasse 16  
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08



**Ein** neuerlicher Versuch der SPÖ, weitere Anteile an der ESTAG an den französischen Konzern EdF zu verkaufen, konnte vorerst abgewendet werden. Ein Rückkauf würde die Stromversorgung sichern und dem Land auch künftig dringend benötigte Einnahmen sichern.

### Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: [volksstimme@kpoe-steiermark.at](mailto:volksstimme@kpoe-steiermark.at)

## Frage: Muss das sein?

In Österreich hat jedes Bundesland ein Sozialhilfegesetz. Es soll dazu dienen, dass niemand unter einem Mindestmaß an Geld leben muss. Deshalb wurde der sogenannte Richtsatz eingeführt.

Wer also ein Einkommen, (zB die Notstandshilfe) unterhalb dieses Richtsatzes bezieht (bei Einzelpersonen 507.-Euro pro Monat, der Betrag erhöht sich, wenn man Kinder hat oder zu zweit lebt), bekommt den Unterschied ausbezahlt. Zusätzlich wird ein Teil der Miete von der Sozialhilfe übernommen. Der Antrag wird im Gemeindeamt gestellt.

Trotz klarer Vorgaben gibt es leider immer wieder Probleme. Es gibt Gemeinden, die einen solchen Antrag nicht entgegennehmen oder ihn von vornherein ablehnen.

Hier fragen wir uns, ob das sein muss?

Wir stehen jeder Person, die diesbezüglich Fragen hat oder die ihren Richtsatz überprüfen möchte, gerne zur Seite! (Kontakt-Tel. siehe unten)

### WENN DER REGEN FÄLLT

In der Scheibengraf-Straße hat die Gemeinde den Bodenbelag und die Kanalisation immer noch nicht ausgebessert, ebenso wie in der Zapfstraße oder in anderen Gebieten. Dabei ärgert sich die Bevölkerung schon länger darüber, als wir davon berichten. Die Verantwortlichen sollen einmal bei starkem Regenfall diese Straßen besuchen. Dann erübrigt sich jedes weitere Wort.



Licht beim Einkaufsbummel, Schatten durch Gewalt in Kapfenberg

# Wohlfühlstadt Kapfenberg?

Ein Tag in Kapfenberg kann vieles bedeuten. Er kann bedeuten: Ein Ausflug auf die wunderschöne Burg, ein Spaziergang in der Au, ein Einkaufsbummel im ECE oder ein gemütlicher Sommertag voller Badewonne. All das hat sicher jeder von uns schon einmal genossen.

Aber ein Tag in Kapfenberg kann auch bedeuten: Angst, Unsicherheit, Bedrohung, Abscheu. Vor allem dann, wenn man beispielsweise auf Hakenkreuzschmierereien oder andere rechtsextreme Aufschriften in – gar nicht so versteckten Winkeln – stößt. Oder dann, wenn man bei einem gemütlichen Bier in der Altstadt Zeuge von gewalttätigen rechtsextremen Übergriffen mit Polizeieinsatz wird.

Oder auch dann, wenn man schnellen Schrittes und

mit gehobenen Schultern bei einem bestimmten Lokal in der Altstadt vorbeigeht, in der Angst von dort ansässigen Gästen als „nicht arisch“ deklariert und verbal oder gar körperlich angegriffen zu werden.

Oder wenn man die Gegend rund um das BFI abschlendert und von Jugendlichen mit Messern in der Hand „belästigt“ wird. Oder wenn man es sich als Bewohner der Altstadt beim Dunkelwerden zweimal überlegen muss, ob man noch rausgeht.

Klingt alles wie eine schreckliche Vision vergangener Zeiten. Leider sind das aber alles – wenn auch bisher nur vereinzelt – Tatsachen. Tatsachen, die uns traurig stimmen. Tatsachen, die uns befürchten lassen, dass die einst blühende Altstadt künftig zum Tummelplatz für Neonazis wird.

### KOMMENTAR



von Belinda Zangerl

## Gemeinsam gegen den Faschismus

Trotz zahlreicher Warnungen an die Stadt- und Landesregierung von einem antifaschistischen Bündnis aus fortschrittlichen Teilen der SPÖ Kapfenberg, SJ Bruck/Mur, KPÖ/KJÖ Bruck/Mur und Liste Sozial Gerechtes Kapfenberg fand das Trainingslager von Lazio Rom in der Sportstadt Kapfenberg statt. SS Lazio Rom ist einschlägig dafür bekannt, ein rechtsextremes bis neonazistisches Fanpotenzial zu haben. Wir befürchteten das Schlimmste, als die italienische Mannschaft in Kapfenberg Einzug hielt. Glücklicherweise blieb die Katastrophe aus. Die verstärkten Sicherheitsvorkehrungen bei beiden Lazio-Matches möchte ich an dieser Stelle loben.

Wenig überrascht aber nicht minder schockiert war ich, dass einige Tage später in der Unterführung gegenüber vom Eurospar ein riesiges Hakenkreuz und die Aufschrift „Lazio Ultras“ prangte, doch die Schmierereien wurden gegen alle Erwartungen rasch entfernt. Ein großes Lob für die vorbildliche und schnelle Arbeit. Als Kapfenbergerin bedanke ich mich bei der Stadtgemeinde dafür, dass hier Prioritäten gesetzt wurden, um die Böhlerstadt so schnell als möglich von dieser Wiederbetätigung zu befreien!

### Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417  
oder 0676/6132771

### KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ, Mieterschutzverband

Donnerstag 14.00 - 17.00 Uhr  
Freitag von 9 - 13 Uhr und nach Vereinbarung

### Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats  
von 14 bis 17 Uhr

### Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,  
Fax 03862/22417  
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

### Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats  
von 15 bis 18 Uhr

### Kommunistische Jugend

Österreichs –KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at

www.kjoe.at

Tel. 038 62/22 4 17

## Warum Geld verschenken?

– auch schon für 2007

Kostenlose Beratung für  
Arbeitnehmerveranlagungen  
und Steuerfreibeträge mit einem  
Steuerrechtsexperten.

Freitag, 12. Oktober  
Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg,  
Feldgasse 8  
11.00 bis 14.00 Uhr



Anmeldung erforderlich!

Tel. 0676/61 32 771  
und 03862/22417

## SPRECHSTUNDE

KPÖ



KAPFENBERG

## Sprechstunde

mit KPÖ-Labg.  
Dr. Werner Murgg

Donnerstag, den 4. Okt.  
2007, 13 bis 15 Uhr,

Franz Bair Heim der  
KPÖ Kapfenberg,  
Feldgasse 8 (nahe ece)

Voranmeldung erforderlich!

Tel. 0676/61 32 771  
und 03862/22417

## VANDALISMUS BEIM FUSSBALL

# Wer den Schaden

Sauerei: Geschädigte des Hooliganismus bei Fußballspielen in Kapfenberg müssen zu lange auf Entschädigung warten.

Schlimm genug, dass ein in Kapfenberg veranstaltetes Fußballmatch die Stadt in Angst und Schrecken versetzte. Schlimm genug, dass es zahlreiche Verletzte gab. Schlimm genug, dass eine Kulturveranstaltung in den Sand gesetzt werden musste und dass es in der Altstadt aufgrund dessen massive wirtschaftliche Verluste gab. Schlimm genug, dass Eigentum der Stadt Kapfenberg zerstört wurde.

Viel schlimmer jedoch ist,

dass Eigentum von unbeteiligten Kapfenbergerinnen und Kapfenbergern, die das Pech haben, in der Nähe des Stadions zu wohnen, mutwillig zerstört wurde.

Aber der Gipfel ist, dass die Verantwortlichen keineswegs ihre Pflicht erfüllen, das, was den Anrainern angetan wurde, so schnell und effektiv wie möglich wieder gut zu machen. Denn wenn es um die Schadenswiedergutmachung der betroffenen Kapfenbergerinnen und Kapfenberger geht, „dann schauen wir, wo wir uns schadlos halten können“, so Helmut Pekler, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Stadtgemeinde Kapfenberg in der

## Längere Ladenöffnungszeiten: Nein Danke!

Die Regierung hat beschlossen, die Ladenöffnungszeiten (von Mo bis Fr von 6 bis 21 Uhr und Sa bis 18 Uhr) auszuweiten. Das ist eine Zumutung für die Angestellten! Deshalb solidarisiert sich die KJÖ mit den im Handel arbeitenden Menschen und deren Familien! Kontakt: Kommunistische Jugend Österreichs, Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, [kjoe@kjoe.at](mailto:kjoe@kjoe.at), [www.kjoe.at](http://www.kjoe.at)



[www.bigshot.at](http://www.bigshot.at)

## BÖHLER-PROZESS

# Das darf nicht vergessen werden

Der Böhler-Prozess wurde zwar am 21. März vorerst abgeschlossen. Was aber nicht in Vergessenheit geraten darf, ist dessen Ausgang. Der war zwar vorerst erfreulich, aber die Beantragungen des Staatsanwaltes auf Überprüfung möglicher strafrechtlicher Verantwortung weiterer Personen lässt befürchten, dass weitere

unschuldige Arbeiter auf der Anklagebank sitzen müssen.

Immer wieder werden wir, als die Partei für die Arbeiter, darauf hinweisen, wo die wahre Verantwortung für diese Tragödie liegt. Und zwar bei denen, die von Einsparungen an den Sicherheitsvorkehrungen profitieren. Und das sind bestimmt nicht die Arbeiter.

# Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung  
finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

Tel: 0676/6132771  
oder 03862/ 22 417

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg  
Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr  
und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

e-mail: [kapfenberg@kpoe-steiermark.at](mailto:kapfenberg@kpoe-steiermark.at)  
[www.kapfenberg.kpoe.at](http://www.kapfenberg.kpoe.at)



in Stadt  
+ Land

kapfenberg  
KPÖ

# hat, muss warten

Kleinen Zeitung am 26. Juli. „Schauen“ ist uns zu wenig! Genauso wie reine Reparaturen uns zu wenig sind. Wir fordern, dass alles, was beschädigt wurde, ausnahmslos ersetzt oder in den Ursprungszustand zurückversetzt wird! Außerdem sollten die Betroffenen eine zusätzliche Entschädigung für diesen schrecklichen Vorfall in ihrer Heimatstadt erhalten.

So werden nicht einmal die Sachschäden ohne weiteres ersetzt. „Wir bemühen uns, können aber noch nichts Konkretes sagen“, meinte Pekler dazu. Das ist unseres Erachtens nach ein Schlag ins Gesicht der unschuldig betroffenen Kapfenbergerinnen und Kapfen-

berger. Ein kaputtes Moped als einzige Möglichkeit, um zur täglichen Arbeit zu gelangen, ist für uns konkret genug!

Vielleicht erinnern Sie sich an das Schicksal von Karl G., ebenfalls festgehalten in der Kleinen Zeitung am 26. Juli. Wir erinnern uns genau! Und wir fragen: Wie steht es inzwischen um seine Entschädigung und die der vielen anderen, die Opfer des Vandalismus beim Match Rapid gegen Dinamo Zagreb in Kapfenberg wurden?

Wir fordern eine Stellungnahme im nächsten Amtsblatt, inwieweit die „inkonkreten Bemühungen“ der Stadtgemeinde sich zu pflichtbewussten Taten gewandelt haben!



**PRÄSENTATION**

**Photographie des Augenblicks**  
von  
**Thomas Ulrich**

Wann: 13. Oktober 2007,  
17 Uhr  
Wo: Buchhandlung Laykam  
Bruck an der Mur  
Lesen wird Herr Michael Scheder. Für die  
musikalische Begleitung sorgt Herr Herwig  
Poppek.

**novum**

ISBN 978-3-85022-027-9 • 142 Seiten • 13,5 x 21,5 • € [A] 15,90 • € [D] 15,50 • € [F] 28,50

## Bewerbe im Fun-Park

Die Kommunistische Jugend (KJÖ) setzte sich dafür ein, eine den Fun-Park in Hafendorf attraktivierende Maßnahme (ein Konzert, ein Skate-Contest o.Ä.) zu setzen. Tatsächlich folgte der Versuch, einen Skate-Contest zu veranstalten. Der musste allerdings abgesagt werden. Hoffentlich kommt es trotzdem noch zu echten Aktivitäten.

## Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

**„Die Ursachen der Spielsucht und die Rolle des Glücksspiels im Kapitalismus“**

Vortrag und Diskussion mit  
Univ.Prof. DDr. Nikolaus Dimmel  
(Salzburg)

Mittwoch, 26. September 07,  
16.00 Uhr  
Franz-Bair-Heim der KPÖ Kapfenberg,  
Feldgasse 8  
Eintritt frei

## KOMMENTAR

# Politik des Ausschließens

von Clemens Perteneder



Fast eineinhalb Jahre ist es her, dass Gemeinderat Peter Vogl unseren Antrag auf Einführung eines Aktiv- oder Sozialpasses in Kapfenberg in der Gemeinderatsitzung eingebracht hat, da wir ja leider nicht im Gemeinderat vertreten sind. Dieser Antrag wurde dem Sozialausschuss zugewiesen.

Es ist natürlich völlig egal, wie dieser „Pass“ schlussendlich genannt wird, es geht um das, was dahinter steckt.

Die Gemeinde schreibt ständig in verschiedenen Zeitungen, auch in eigenen wie dem Amtsblatt, wie wichtig ihr angeblich Maßnahmen zur Bekämpfung der „Neuen Armut“ wären. Der Aktivpass wäre dabei ein wirkungsvolles und zeichengebendes Mittel.

### Aktivpass

Jeder Bürger, jede Bürgerin, der oder die unter 800 Euro monatlich verdient, könnte damit alle Kapfenberger Einrichtungen, Veranstaltungen oder Betriebe der Stadtgemeinde wenigstens zum halben Preis nutzen.

Auf Nachfragen hört man immer wieder nur, dass daran gearbeitet wird.

Ich frage mich jedoch, warum es bald zwei Jahre lang dauert, die Gebührenpolitik zu ändern.

Zur Erinnerung: Das alles passiert unter einer Einzelregierung der „Sozial“-demokraten.

### Fahrt am Klo

Diese Gemeinde ist rot. Man spricht zumindest von einer roten Gemeinde. Aber dieses Rot hat keine Farbe, man kann dieses Rot ruhig durch das Wort Bauernschläue ersetzen oder

durch Eigennutz.

Bei uns im KPÖ-Büro fragen Leute um Hilfe. Die erhalten so wenig Notstandshilfe, dass sie, wenn sie einen Termin beim Arbeitsamt haben, sich im Zug bis Bruck im Klo einsperren müssen, weil sie sich den Busfahrtschein nicht leisten können.

So jemand kann natürlich auch nicht ins Schwimmbad gehen oder ein Fußballspiel besuchen; es ist ja nicht immer ein Verein mit rechtsextremen Einschlag bei uns zu Gast.

Kapfenberg ist an sich eine nette Stadt. Aber Kapfenberg ist auch eine Stadt mit Problemen, vor denen man nicht die Augen verschließen sollte.

Wer beispielsweise das Hans Söllner-Konzert in der Kapfenberger Altstadt besuchen konnte und nicht davon ausgeschlossen war, musste ja über ein genügendes Einkommen verfügen.

In diesem Ortsteil, der von der Gemeinde ja ohnehin meist stil- und kulturlos behandelt wird, fand dieses Konzert hinter aufwendig herbeigeschaffenen Zäunen unter Ausschluss der Gesamt-Öffentlichkeit statt.

### Keine Politik für die Menschen

Wenn man diese Öffentlichkeit, die offene, allgemein zugängliche Öffentlichkeit sucht, kann man Tag und Nacht herumlaufen. Man wird sie nicht finden und unter dieser Regierung wird es sie auch nicht geben.

Ich kann es auch anders ausdrücken: Es gibt zu wenig Politik für die Menschen. Ich weiß nicht, was Sie darüber denken, aber ich habe genug von dieser Politik des Ausschließens!

**AKTIVPASS**

Wir von der KPÖ fordern seit langem die Einführung einer Aktivcard/eines Aktivpasses. Mit einer solchen Karte können Menschen, die unter 800 Euro verdienen, Einrichtungen der Gemeinde, wie etwa Schwimmbad, Eisstadion, Sport- und Kulturveranstaltungen oder auch den öffentlichen Verkehr kostenlos oder stark ermäßigt benutzen.



**Pickerl in Altstadt:  
KJÖ entschuldigt sich**

Leider konnte vor einigen Monaten in der Kapfenberger Altstadt ein Übermaß von Aufklebern der KJÖ festgestellt werden, das nicht mehr im legitimen Bereich lag und definitiv eine Störung des Stadtbildes darstellte. Bedauerlicherweise konnten die Verantwortlichen nicht ausfindig gemacht werden, dennoch wurde der Großteil von den Mitgliedern der KJÖ selbst entfernt.

Die KJÖ Bezirk Bruck/Mur bedankt sich bei der Stadtpolizei für die solidarische Kommunikation in diesem Zusammenhang und entschuldigt sich bei den Kapfenbergerinnen und Kapfenbergern für diesen bedauerlichen Vorfall.

**KOMMUNISMUS**

**Kleine Geschichte  
wie endlich alles anders wird  
Lesung  
mit Bini Adamczak  
und DJay Sandy Dandy**



**Freier Eintritt!**

Das Buch „Kommunismus - Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird“ (Unrast Verlag) von Bini Adamczak ist für alle da! Für Einsteiger/innen und für solche, die schon immer am verflixten Fetischkapital verzweifelt sind. In der Sprache eines Kinderbuches erzählt Adamczak, wie das alles gekommen ist mit dem Kapitalismus, und warum es vielen Menschen da-

mit nun aber wirklich reicht. Allein schon deswegen, weil Abwechslung sein muss, und „den Kommunismus machen: das kann ja wohl nicht so schwer sein.“ Die kleine Geschichte erweist den Kommunismus gänzlich unzeitgemäß als das wunderbar einfache und Schöne. Adamczak folgt einem kommunistischen Begehren: dass endlich alles anders wird.

**Mi, 3.10.07, 19 Uhr - Franz Bair Heim  
Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg**

**Bruck: Eine späte Rechnung**

Heute bekommen die Brucker Politik sowie Arbeiter und Angestellte der Firma Transbeton die Rechnung für eine „Nachlässigkeit“ des Gemeinderates bzw. der Landesregierung aus den 1980ern präsentiert. Damals wurde fahrlässigerweise mitten in einem Siedlungsgebiet ein Grundstück in Gewerbege-

biet umgewidmet. Daraufhin mussten die Anrainer Jahre lang unter Lärm, Staub und Gestank leiden. 2011 soll die Firma nun umsiedeln. Die Anrainer freut es, für die 150 Mitarbeiter hat es ungesundes Pendeln zur Folge. Und für die Stadt Verluste für das Geldsäckel.  
TOM

**MÜRZZUSCHLAG**

**AKTIONSTAG**

**„Keine Geschäfte mit der Spielsucht“  
Mi. 26. Sept. 2007, 10 - 12.30 Uhr**

**Mürzzuschlag Stadtplatz – mit Ernest Kaltenegger**

Nutzen Sie die Gelegenheit, unsere Unterschriftenaktion zu unterstützen!



**Greifvögel statt  
Eurofighter!**

**Burg Oberkapfenberg**

**Festveranstaltung**

der steirischen KPÖ zum Neutralitätsfeiertag 2007 – für die ganze Familie!

**Fr. 26. Oktober 2007**

10.00 Uhr Begrüßung Bürgermeisterin Brigitte Schwarz  
Begrüßung LAbg. Ernest Kaltenegger  
Ansprache der Grazer Stadträtin Elke Kahr

**Lesung: Erich Hackl, Schriftsteller**  
ab 13 Uhr: gemütliches Beisammensein und Musik mit Chris Peterka  
15 Uhr: Greifvogelflugschau, Eintritt: 4 Euro

Jugendprogramm Workshop: Globalisierung oder Imperialismus?	Programm Kinderland 60 Jahre Kinderland: Wiedersehenstreffen mit Filmen und Fotos	Gemütliches Beisammensein mit Musik und Liedern, FÖJ Treffen
--	--	---

Kein Frieden mit der EU!  
Österreich muss neutral bleiben!

Neutralitätsfeiertag 2007

**JOE ZANGL**  
spielt Folksongs

**TSCHOUCOOSA**  
Alternative aus Kapfenberg

**TIGERLILLY**  
Rock'n Roll aus Bruck/Mur

**The VLADIVOSTOKS**  
Linker Cubano-Ska-Stile aus dem Marchfeld

**Freitag, 26. Oktober07 um 19.00 Uhr  
Franz-Bair-Heim der KPÖ, Feldgasse 8, Kapfenberg**

Eintritt: 3 Euro, 2,50 im Kulturcafe Qualtinger



**SPRECHSTUNDE**

**KPÖ**



**BEZIRK  
MÜRZZUSCHLAG**

**Sprechstunde**  
mit KPÖ-Labg.

Dr. Werner Murgg

Donnerstag, den 4. Okt. 2007,  
10 bis 12 Uhr,

KPÖ Heim  
Wienerstraße 148,  
8680 Mürzzuschlag

Voranmeldung erforderlich!

**Tel. 0650/27 10 550**  
und 03852/24 53



# RETTET DIE VINSENQUELLE! Komitee gegründet

Um die geplante Fassung einer der letzten Quellen in der Raabklamm, einer der ursprünglichsten Naturlandschaften in der Steiermark zu verhindern, wurde das Komitee zur Rettung der Vinsenquelle gegründet.

Die letzte Bürgerinitiative (ob die Würstlbude in der Raabklamm wieder aufgebaut werden darf oder nicht, wird höchstgerichtlich entschieden) ist noch warm, schon lauert der nächste Anschlag auf das einzige verbliebene Naturjuwel im Bezirk Weiz.

Mit der Vinsenquelle soll eine der letzten ungefassten Quellen in der Raabklamm nun gefasst werden.

Nach Meinung des Naturschutzbundes Steiermark widerspricht der bereits vorliegende positive Naturschutzbescheid auf jeden Fall der Stmk. Artenschutzverordnung, da durch den Bau der Quellfassung die Lebensräume geschützter Arten gefährdet werden.

Hinzu kommt ein weiterer Umstand, der mindestens genauso schwer wiegt: Aus ökologischen Gründen (Niedrigwasser, Sauerstoffarmut...) ist die Wasserentnahme zwischen Weiz und Gleisdorf strengstens verboten. Trotzdem wird hier die Entnahme von reinstem Quellwasser genehmigt!!!

Daher stellt sich die Frage, wie es zu dieser Entscheidung kommen konnte und warum

Die Raabklamm ist die längste zusammenhängende Klamm Österreichs und zählt zu den wertvollsten und ursprünglichsten Naturlandschaften der Steiermark. Sie beeindruckt vor allem durch ihre unberührte Natur.

**Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen sind, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann!!!**  
(Cree Indian)

die Umweltschützerin diesen Raubbau genehmigt hat.

Wer macht Profit mit dem Verkauf der Vinsenquelle? Geht es tatsächlich um die Versorgungssicherheit der Menschen im Einzugsgebiet des Schöckels, oder geht es vielmehr darum, billiges, sauberes Quellwasser über den Wasserverband Schöckl Alpenquell zu vertreiben?

Es liegt jetzt an der Bevölkerung, Aufklärung einzufordern und diesen Wahnsinn zu verhindern.

Daher haben der Naturschutzbund Bezirk Weiz und die Natur- und Bergwacht Weiz ein Komitee zur Rettung der Vinsenquelle gegründet. Diesbezügliche Unterschriftenlisten liegen in allen Gemeindeämtern, Kirchenorganisationen und öffentlichen Einrichtungen auf und können auch bei Herrn Feigl angefordert oder unter [www.naturschutzbundsteiermark.at](http://www.naturschutzbundsteiermark.at) heruntergeladen werden. wf

## KOMMENTAR

# Profit statt Gemeinnutz

von Wolfgang Feigl, KPÖ Weiz



In der letzten Ausgabe der Volksstimme kündigte ich eine Stellungnahme zum Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes über die Wohnbaugenossenschaft Neunkirchen und deren Tochter Elin Wohnbau GmbH an.

Zwischen der gemeinnützigen Genossenschaft und ihrer gewinnorientierten GmbH-Tochter herrschen enge Verflechtungen. Durch personelle Überschneidungen — einige Funktionäre waren sowohl bei der GmbH als auch bei der Wohnbaugenossenschaft als Geschäftsführer tätig — und Verrechnungsunregelmäßigkeiten wurde die Gemeinnützigkeit der Wohnbaugenossenschaft im Kernbereich verlassen.

Wir gehen nicht davon aus, dass die Empfehlung des Rechnungshofes: „Die Aufsichtsbehörde soll künftig das Unternehmen und alle seine Geschäfte genau begutachten“, ernst genommen wird.

Wenn man die Struktur und

Verflechtungen kennt, wird man verstehen, welche Konsequenzen aus dem Bericht und der Kritik des Landes-RH zu erwarten sind: nämlich keine, abgesehen von einem müden Lächeln der Verantwortlichen.

Die Aufsichtsräte und Geschäftsführer sind zu 98 % mit SPÖ-Leuten besetzt. Die Politik dominiert gesellschaftspolitische und gemeinnützige Interessen.

Seit die Grünen in Weiz den Vorsitz des Prüfungsausschusses aufgegeben haben, können ÖVP und SPÖ sich selbst kontrollieren. Die ÖVP führt den Prüfungsausschuss und hat mit Vizebürgermeisterin Anne Baier einen Aufsichtsrat bei der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft ELIN GmbH.

Bis heute gibt es keine offiziellen Stellungnahmen der politisch Verantwortlichen zur Causa. Das liegt wahrscheinlich an einer „sozialpartnerschaftlichen“ Problemlösung meint Ihr

Wolfgang Feigl



VORGESTELLT

## Weizklamm

Die 2,9 km lange Weizklamm zählt zu den bemerkenswertesten Sehenswürdigkeiten der Umgebung mit über 200 m hohen, senkrecht aufsteigenden Felswänden, in denen es kleine Tropfsteinhöhlen gibt. Nicht zu Unrecht wird die vom Weizbach durchflossene Klamm, die erst durch den Bau der Verbindungsstraße von Weiz nach Passail um die Jahrhundertwende für den Verkehr erschlossen wurde, als das „Kleine Gesäuse“ bezeichnet.



Mit dem geplanten Steinbruch droht ein gewaltsamer Eingriff in die Natur.

Symbolfoto

### FIRMA MARKO PLANT KALKABBAU

# Wolfsattel in Gefahr

Mit dem geplanten Kalkabbau am Plateau des Wolfsattels, einem Landschaftsschutzgebiet, bahnt sich ein neuer Umweltskandal an. Das Projekt gefährdet den Lebensraum zahlreicher Tierarten sowie den Tourismus im angrenzenden Naturpark Almenland.

Der Raubbau an der Natur geht munter weiter. Nachdem der vor einigen Jahren geplante Bau des Weizklammtunnels abgewendet werden konnte, steht jetzt ein neuerlicher Umweltskandal ins Haus:

Die Firmen Christandl, Temmel und Marko beabsichtigen, am Plateau des Wolfsattels einen Kalksteinbruch zu errichten. Bereits im nächsten Jahr soll auf einer Fläche von zirka 800 Metern Länge und 500 Metern Breite trichterförmig Gestein abgebaut und das abgebaute Material in einem 1000 Meter langen unterirdischen Förderstollen zum Bergbauunternehmen Marko transportiert werden.

Der Wolfsattel liegt in einem Naturschutzgebiet und

bietet zahlreichen Tierarten, wie Gämsen, Mufflons, Steinböcken und vielen Fledermausarten wertvollen Lebensraum. Sogar das vom Aussterben bedrohte Auerwild ist in dem Gebiet heimisch. Jetzt ist der Lebensraum all dieser Arten bedroht.

Trotz der großen Bedenken gegen den Schöcklkalkabbau, auch im Hinblick auf die zu erwartende Lärmentwicklung, befürwortet der Bürgermeister der Gemeinde Naas, Hans Graf, das Projekt und hofft, dass die derzeit laufende UVP positiv ausgeht!

Wurde in der Vergangenheit viel auf den Tourismus in der Region und den angrenzenden Naturpark Almenland gesetzt, wird der geplante

Anschlag auf die letzten Lebensgrundlagen (Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt) jetzt plötzlich begrüßt.

Daher hat sich rund um Herrn Adolf Stebegg die Bürgerinitiative „Erhaltung des Wolfsattels in seiner ursprünglichen Form“ gebildet.

Jetzt muss die Behörde das Projekt hinsichtlich des Artenschutzes prüfen, hat sich Österreich doch zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere verpflichtet. Es wird sich zeigen, was diese Verpflichtungserklärung im Rahmen des Artenschutzpaktes tatsächlich wert ist.

2008 soll bereits mit dem Abbau begonnen werden. Im November soll es seitens des Zivilingenieurbüros eine Präsentation geben.

Wir sind gespannt, ob die Bürgerinitiative und die Naturschutzorganisationen im Bezirk Weiz überhaupt eine Einladung bekommen!

### DIE QUIZFRAGEN DES BEZIRKES WEIZ

1. Welche Naturlandschaft ist die längste zusammenhängende Klamm Österreichs?
2. Wie heißt der Umweltlandesrat der Steiermark?
3. Welcher Landesrat ist für Gewässerschutz in der Steiermark zuständig?

Bei drei richtigen Antworten bekommen Sie eine Energieberatung gratis. Dabei erfahren Sie wie man bis zu 200,- pro Jahr an Energiekosten spart.

**Antworten per SMS oder telefonisch unter 0664/39 555 14**



Zäune um den Golfplatz versperren Wandernern das Begehen von Jahrzehnte lang verwendeten Wegen.

## NAHERHOLUNG AM ENDE Golf versperrt Wanderwege

Golfen oder Wandern – das ist in Thal bei Graz die Frage. Der Golfplatz versperrt uralte Wanderpfade: Jetzt werden Proteste laut.

Jahrzehnte lang waren die ausgedehnten Wiesen und Wälder um die Landwirtschaftsschule Grottenhof-Hardt ein Paradies für Erholung Suchende. Damit ist Schluss, seit es den Golfplatz gibt. Die Greens um die zweiten 9 von 18 Löchern bedeuteten das Ende für lange benutzte Wanderwege: Durchgänge wurden versperrt, Verbotsschilder auf-

gestellt. Die Wanderer wehren sich jetzt.

Laut Bescheid des Landes müssen die Wanderwege erhalten bleiben. Davon scheint man beim Golfplatz nicht viel zu halten. Zäune aus Holz und Stacheldraht versperren den Wanderern seit Generationen genutzte Wege – damit die Golfspieler ihre Ruhe haben. Dabei verlaufen die Wanderwege am Rande der Golfwiesen. Ein friedliches Miteinander wäre durchaus möglich. Nun ist ein Machtwort des Eigentümers der Grundstücke gefragt – des Landes Steiermark.



Sprechstunde mit  
Ernest Kaltenegger

Rufen Sie mich an:  
0316 / 877 51 04

**KPO**



## TIERECKE

Manchmal sind Menschen aus schwer wiegenden Gründen gezwungen, sich von ihrem Haustier zu trennen. Wir wollen mit unserer Zeitung helfen, dass diese Tiere ein gutes, neues Zuhause finden. Wir veröffentlichen Ihre Anzeige gerne. Schön wäre, wenn Sie uns auch ein Foto schicken könnten: Steirische Volksstimme, c/o KPÖ, Landhaus, Herrenagasse 16, 8010 Graz. Tel. 0316 / 877 51 07, E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

1. Labradormischlingsrüde

Kurbas sucht guten Platz: 4 1/2 jähriger

Labradormischlingsrüde (kastriert) an Leute mit Hundenerfahrung abzugeben (nicht zu Kindern und anderen Rüden, am besten wäre ein Platz mit Garten). Eigenschaften: sehr verspielt, gute Leinenführigkeit, bleibt ohne Probleme alleine. Kontakt: K. Franke-Fabian, email: kf-namib@gmx.at, Tel. 0650/4337757.



2. „Ich heiße Jessie und bin eine grauschwarze Mischlingshündin, ca. 9 Jahre alt, und nach Todesfall im Tierheim. Ich bin anhänglich, treu, folgsam und verschmüsst. Ich bitte um kurze Spaziergänge, da meine Hüften etwas abgenützt sind, aber sonst bin ich völlig gesund. Ich mag Menschen und andere Hunde und würde



meinem neuen Frauchen/Herrchen viel Liebe und Zuneigung schenken.“  
Info unter Tel. (0664) 451 40 14.

## KOHLNABBAU VOITSBERG

# Die Bergbaugeschichte verschwindet

Die Reste des Traditionsbergbaus werden abgerissen: Für die Pflege der Voitsberger Bergbautradition ist leider kein Geld vorhanden.

Mit dem Abtragen des Schrägaufzuges der ehemaligen Grube Karlschacht wird eines der letzten Zeugnisse der Industriegeschichte des Bezirkes Voitsberg im 20. Jahrhundert dem Schrott zugeführt. Während Millionen von Euro in die marode Therme Nova fließen, gehen die letzten Reste der Bergbautradition unwiderbringlich verloren.

Klaus Pibernig, Bezirkssprecher der KPÖ, erinnert aus diesem Anlass daran, dass Medien und Politik schon oft von der Errichtung eines Bergbaumuseums im Bezirk gesprochen haben, ohne dass etwas geschehen ist. Pibernig: „Während man in die Therme Nova in der Region bereits 14 Millionen Euro an öffentlichen Förderungen steckt, ist offensichtlich für die Erhaltung von Hinweisen auf die Bergbautradition im Bezirk Voitsberg kein Cent aufzutreiben.“



Nur noch wenig zeugt von der großen Bergbautradition um Voitsberg

## Bürgermeister begrüßt KPÖ-Vorstoß gegen die Spielsucht

Anlässlich der Initiativen der KPÖ-Voitsberg gegen die Spielsucht sandte der Bürgermeister der Stadtgemeinde Voitsberg Ernst Meixner ein Mail, mit welchem er unsere Kampagne unterstützte.

Wir hoffen, dass diese Unterstützung konkret wird und dass der Gemeinderat bei einer seiner nächsten Sitzung Maßnahmen beschließen wird, die dem Wildwuchs an Wettcafés im Stadtgebiet von Voitsberg Einhalt gebieten.

Die insgesamt mehr als 9.000 Unterschriften auf unseren Unterstützungserklärungen würden entsprechende Beschlüsse des Gemeinderates um so mehr rechtfertigen.



Die Barbarasiedlung zeugt vom Aufschwung in Koflach. Foto: Bigshot

## PRÜFUNG NOTWENDIG

# Ist Köflach pleite?

Wie es zu der Misere gekommen ist, kann man als Außenstehender nur schwer nachvollziehen. Einiges lässt allerdings Bedenken aufkommen.

Wie weit belastet die Therme Nova, deren Vorsitzender des Verwaltungsbeirates Bürgermeister Franz Buchegger ist, die Stadtgemeinde? Die Therme ist trotz einer Schuldenlast der Gemeinde von 38 Mio EUR in Betrieb gegangen und hat bisher 14 Mio EUR an öffentlichen Forderungen verschlungen. Außerdem gibt es eine Ausfallhaftung der Stadtgemeinde, die bei einer Pleite der Therme schlagend wird.

Was hat der Kauf des Fußballstadions und dessen Sanierung nach dem Einbruch eines alten Stollens gekostet?

Wie viel Euro gab die Gemeinde für die Einrichtung des neuen Gemeindezentrums

aus, seit sich die Geschäftspassage geleert hat? Was kostete die Schaffung des Kunsthauses? Wie viele Euro legte die Stadt für die Gestaltung des Stadtbildes samt Errichtung eines Gerinnes und der Fußgängerzone auf den Tisch?

Die opulenten Buffets bei Gemeindeveranstaltungen und Vernisagen dürften in diesem Zusammenhang noch eine Kleinigkeit gewesen sein.

Wie will man der Misere Herr werden? Durch Verkauf der Gemeindewohnungen? Wo doch Arbeit, Essen und Wohnen zu den Gesundheitsbedürfnissen gehören.

Diese Gesundheitsbedürfnisse unterliegen derzeit den höchsten Teuerungsraten.

Anstatt Gemeindewohnungen als Regulator gegen den Mietzinswucher zu halten, wirft man sie dem Kapitalmarkt in den Rachen. Wahrlich ein soziales Denken! Aber offensichtlich entspricht das der Einstellung einer sozialdemokratisch geführten Stadtverwaltung.

Ebenso sozial ist die ins Auge gefasste Erhöhung der Gebühren für die Abwasserbeseitigung. Im Gespräch ist einer Erhöhung bis zu 25%!

Wir sind der Meinung, dass es höchste Zeit ist, die Ursachen der Finanzmisere der Stadtgemeinde Köflach durch die Aufsichtsbehörde aufklären zu lassen und die Ergebnisse der Untersuchungen zu veröffentlichen. Damit wenigstens die politische Verantwortung zu Tage tritt.

## ÖDK-Bad Leere Geschäfte statt Spaß im Schwimmbad

Das ehemalige Bad am Gelände des Kraftwerkes Voitsberg war ein Ort der Erholung nicht nur für Betriebsangehörige. Das Gelände wurde allerdings seinerzeit von der Gemeinde Voitsberg nicht gekauft, um das Bad zu erhalten, sondern um Gründe für Betriebsiedlungen zur Verfügung zu haben.

Derzeit lagert dort allerdings nur Schutt. Das ehemalige Bad wurde abgetragen. An seiner Stelle wurde ein Einkaufszentrum errichtet und sogar mit einer neuen Brücke über die Kainach zusätzlich aufgeschlossen.

Inzwischen stehen allerdings alle Geschäftslokale leer. Dafür ist das neue Gemeindebad in der Nähe des Schulzentrums eher klein geraten. Man könnte es als Kinderbad bezeichnen, das nachmittags meist überfüllt ist. Alles Probleme, die es mit dem Erhalt des ÖDK-Bads nicht geben müsste.

### BEZ. VOITSBERG

**KPÖ**



**VOITSBERG  
SPRECHSTUNDE  
mit KPÖ-Labg.  
Claudia Klimt-Weithaler  
und DSA Karin Gruber  
Di. 25. 9. 2007**

**10.00 bis 12.00 Uhr,  
bei der KPÖ Voitsberg,  
C.-v.-Hötzendorfstraße 29,  
Tel. 03142 / 22421**

Sie erreichen uns im KPÖ Büro  
C.v. Hötendorfstraße 29 jeden:  
Montag 10 bis 14 Uhr  
Mittwoch 13 bis 17 Uhr